

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220.

Dienstag, den 20. September 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Bethmann-Block von Frankfurt a. O.

Die Konservativen von Frankfurt-Lebus haben mit ihrem Herrn Dunkel kläglich abgeknitten. Noch im Jahre 1903 zählten sie im Kreise 8268 Stimmen, 1907 waren es immer noch, die Zentrumstimmen eingerechnet, 7950, jetzt sind es nur noch 6595! Trotzdem sind die Sunker munter und guter Dinge, denn sie hoffen jetzt erst recht, in Frankfurt a. O. einen großen Wurf zu tun, wenn es ihnen gelingt, dem nationalliberalen Kandidaten in der Stichwahl zum Siege zu verhelfen. Winter ist ihnen jetzt ebensogut wie Dunkel, ja sogar noch viel besser. Denn kommt Winter in den Reichstag, so weiß er von vorneherein, daß er bei den allgemeinen Wahlen des nächsten Jahres nur mit konservativer Hilfe wiederkehren kann. Die Konservativen würden ihn also gewissermaßen als Geißel der Nationalliberalen in ihren Händen haben.

Herr Winter ist vor drei Jahren als liberaler Kandidat in Eisenach-Vermbach für die Wahl des Antisemitischen Schack eingetreten und er hat sich auch in der Agitation zur Frankfurter Hauptwahl den Konservativen und Antisemiten in einer Weise an den Hals geworfen, daß zahlreiche liberale Wähler sich veranlaßt sahen, ihm den Rücken zu kehren. Dieser „jungliberale“ Geheimrat hat auf diese Weise den Nationalliberalen bare 2313 Stimmen gekostet. Er hat sich in jeder Beziehung als ein Liberaler gezeigt, wie er denen um Heydenbrand und Oldenburg recht sein kann. Kein Wunder also, daß die konservative Parteileitung jetzt an ihre zusammenschmolzenen Truppen das Kommando ergehen läßt: alle Mann für Winter!

Die Sunker wären aber schlechtere Geschäftsleute, als sie wirklich sind, wenn sie bloß auf den einen Winter oder auf ein Landtagsmandat spekulieren würden. Vielmehr ist dieser nationalliberale Geheime Archivar vom Schicksal dazu auserkoren, der Köder zu sein, mit dem der Liberalismus in die Falle des Bethmannblocks, in die Schlinge der Sammelpolitik, gelockt werden soll. Durch einen Sieg des nationalliberalen Kandidaten, der mit konservativer Hilfe erkämpft wird, soll den Liberalen gezeigt werden, in wie hohem Maße sie der konservativen Hilfe bedürfen, um sich bei den nächsten Wahlen gegenüber der Sozialdemokratie zu behaupten. Für den einen Winter, den sie jetzt der roten Fint entreißen wollen, sollen dann aber die Liberalen den Sunkern die etwa 70 konservativen und antisemitischen Kreise retten, die bei den allgemeinen Wahlen von 1911 bedroht sein werden. Das ist der eigentlich taktisch-politische Sinn der Stichwahl von Frankfurt-Lebus, und daraus erklärt sich auch, daß sich das Interesse aller Parteien der Reichstagswahl und ihrer endgültigen Entscheidung in einem Maße zuwendet, wie kaum je einer ähnlichen Wahl zuvor!

Die Konservativen werden, das geht auch aus der Haltung ihrer Presse hervor, für Herrn Winter noch eifriger eintreten, als wenn er einer der ihren wäre. Daß der „Arbeitersekretär“ Dunkel erledigt ist, wird ja ohnehin von der „Deutschen Tageszeitung“ und ähnlichen feudalen Organen, die nicht gern schwierige Hände drücken, mit einem Seufzer der Erleichterung begrüßt. Der antisemitischenfreundliche Archivar mit dem liberalen Anhängerschild ist ihnen im Grunde viel sympathischer.

Natürlich werden auch die Nationalliberalen ihre äußerste Kraft daraufsetzen, den Kreis zu behaupten, und sie dürfen sich dabei auch freisinniger Hilfe erfreuen. Selbstverständlich spendet auch das Zentrum, das in dem Kreise wenig zu sagen hat, diesem neuen konservativ-liberalen Bunde, der sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtet, seinen Segen. Und so wären sie glücklich alle beisammen, die durch die Wahlparole vom „Schutz der positiv schaffenden Stände“ unter einen Hut gebracht werden sollen.

In Frankfurt a. O.-Lebus ist der Bethmann-Block fertig! Und wenn am Abend des 26. September — am Stichwahltag — der Telegraph Winters Sieg melden sollte, dann werden die Glückwunschtelegramme im Reichskanzlerpalais regnen. „Das Blatt hat sich gewendet“, wird es heißen, „Bethmann-Hollweg hat seinen ersten Sieg erfochten!“ Und eben darum darf es in Frankfurt a. O. dazu nicht kommen! Ein Mandat mit zwölfmonatiger Befristung, ein nationalliberaler Sammerheld für die gleiche Zeit mehr oder weniger im Reichstag, — davon würde wohl das Heil der Welt gewiß nicht abhängen! Aber es geht in Frankfurt a. O. nicht um den höchst gleichgültigen Herrn Winter, sondern es geht gegen Bethmann-Holl-

weg und den schwarz-blauen Block, und wer diesen Herrschaften keinen billigen Triumph bereiten will, der muß wünschen, daß der Regierungskandidat und Sunkerhühling Winter in der Stichwahl mit Pauken und Trompeten durchfällt. Man darf die Aufgabe, die damit dem Frankfurter Genossen überlassen ist, keineswegs für leicht halten, trotz der geringen Stimmenzahl, die ihrem Kandidaten, Genossen Faber, im ersten Wahlgang zur absoluten Mehrheit gefehlt hat. Hansabund und Bund der Landwirte, Regierung und bürgerliche „Opposition“ bilden vereint eine gewaltige Macht. Aber gerade darum, weil in Frankfurt a. O. die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, muß den Herrschaften gezeigt werden, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Die Mitglieder der Regierung und der Sunker müssen am 26. September in Frankfurt a. O. in der Minderheit bleiben!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Entwurf eines Kurpfuschereigesetzes

wird dem Reichstage in seiner nächsten Session zugehen. Er stammt noch aus dem Jahre 1908. Vor längerer Zeit hat er der wissenschaftlichen Deputation des Kultusministeriums zur Beratung vorgelegen; auch die Bundesregierungen sind bereits gutachtlich gehört worden. In der Hauptsache enthält der Entwurf die Bestimmung der Anzeigepflicht und der gewerblichen Anmeldung für die in Rede stehenden Personen; er gibt den Behörden das Recht, die Bücher, Kuren zu kontrollieren und ihre Tätigkeit zu überwachen.

Die Stichwahlparole des Zentrums.

Die „Germania“ spricht sich in Nr. 215 vom 18. September an leitender Stelle über die Stichwahlparole des Zentrums aus. Es heißt in dem Artikel:

„Das Zentrum kann und wird seine Stichwahlparole nur nach demselben Gesichtspunkt einrichten, nach dem alle anderen Parteien es auch tun. . . . Eine Partei, die bei den Wahlen nicht den gesunden Egoismus der Stärkung im Parlament verfolgt, hat kein Leben und keine Energie in sich. Nur darf dieses Ziel nicht mit allen Mitteln, wohl aber mit allen sittlich erlaubten Mitteln angestrebt werden; wer seine eigenen Grundsätze dabei verlegt ohne daß er durch eine Notlage hierzu förmlich gezwungen wird, der muß sich den Vorwurf des „Mandatschachers“ gefallen lassen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, wird jede Partei überall da, wo sie selbst in der Stichwahl steht, das Mandat zu erringen suchen. . . . Wenn aber das Zentrum von anderen Parteien Stimmen gewinnen will, dann muß es auch etwas bieten können. Denn der Parole: „Für das Zentrum, um seiner schönen Augen willen,“ folgen nur sehr wenige; selbst wenn der Gegner des Zentrums ein Sozialdemokrat ist, gehen Liberale nicht ohne Gegenleistung für das Zentrum zur Urne. . . . Gegenleistungen in demselben Kreise sind in der Regel unmöglich; . . . so muß eben der Ausgleich in einem anderen Kreise gesucht werden. Andere Parteien befinden sich in einer ähnlichen Lage und so ergibt sich von selbst die Verständigung mit unserer Partei. Leistung gegen Leistung! Wer aber die Wahlakten genau kennt, der weiß auch, daß das Zentrum fast immer vorzuleisten hatte; um ein Zentrumsmandat zu retten, mußten oft drei bis sechs liberale Kandidaten unterstützt werden. Diese Taktik wird sich nicht mehr halten lassen; nur auf dem Boden völliger Gleichberechtigung kann verhandelt werden. Wenn die Liberalen sich dies merken wollen, kann es uns nicht unangenehm sein. Auch ein zweiter leitender Satz läßt sich aus der gesamten politischen Lage gewinnen: Man wird bei den kommenden Wahlen schon im ersten Wahlgange auf das Ende zu sehen haben, das heißt die Zusammenfügung des Reichstages selbst. Der so oft maßgebend gewesene Gedanke: man muß im ersten Wahlgange die Stimmen zählen, dürfte nicht in dieser Allgemeinheit aufrecht zu erhalten sein; es können Fälle eintreten, wo man sich schon im ersten Wahlgange für das kleinere Übel zu entscheiden hat, damit keine „falschen Stichwahlen“ entstehen. Der Vorgang in Friedberg-Vödingen ist hierfür sehr lehrreich; das Zentrum verzichtete auf eine eigene Kandidatur, um den rechtsstehenden Bewerber in die Stichwahl zu bringen; die freisinnigen Wähler taten daselbe zugunsten eines nationalliberalen Kandidaten. Wenn die Sozialdemokratie den Kreis eroberte, so trifft die Verantwortung hierfür allein die Nationalliberalen. Es dürfte eine Reihe von Kreisen geben, wo ein ähnliches Vorgehen angezeigt ist. Das Zentrum wird auch zuweilen Gelegenheit haben, sich selbst aus der Stichwahl zu halten und z. B. einen konserva-

tiven gegen einen Sozialdemokraten in diese gelangen zu lassen, statt selbst gegen einen Genossen anzukämpfen; dann ist die Wahrscheinlichkeit der Niederlage der Genossen größer. Diese Gedanken müssen in jedem Kreise überlegt werden. Es ist Sache des Kreis-Komitees, dies im einzelnen zu besprechen und gute Beschlüsse zu fassen.“

Man ersieht hieraus, daß das Zentrum bereit ist, mit allen bürgerlichen Parteien nach alter, lieber Gewohnheit zu kühnhandeln. Auch sein Bestreben ist, unter allen Umständen Wahlsiege der Sozialdemokratie zu verhindern. Uns läßt das natürlich völlig kalt.

Die Sozialdemokratie in ihrem Lauf hält auch das Zentrum nicht auf!

Die Ausführungsbestimmungen zum Viehschenden-Gesetz

sind noch nicht fertiggestellt. Ein Vorentwurf ist jetzt den Bundesregierungen zugegangen. Sobald die Gutachten im Reichsamte des Innern eingegangen sind, wird eine nochmalige Durcharbeitung des Vorentwurfs vorgenommen werden. Daraufhin sollen den Bestimmungen des Gesetzes entsprechend zunächst noch Vertreter der beteiligten Berufsstände gehört werden; und zwar dürfte es sich dabei um Berufsorganisationen handeln, die sich auf das ganze Reichsgebiet erstrecken, wie z. B. der deutsche Landwirtschaftsrat und Vertretungen des Handels und der beteiligten Industrie. Nach diesen Beratungen wird der Entwurf zur Ausführungsinstruktion erst dem Bundesrat zur endgültigen Beschlußfassung zugehen. Man kann annehmen, daß dies bis zum Februar nächsten Jahres geschehen wird. Es dürften daher die Konferenzen mit den beteiligten Berufsständen noch Ende dieses Jahres stattfinden.

Die Fleischsteuerung.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht der preussische Landwirtschaftsminister auf zirka zwei Seiten ein umfangreiches Zahlenmaterial über die vielen Fleischpreise, den Auftrieb, die Schlachtungen, Fleischkonsum usw. usw. Das gewaltige Zahlenmaterial wird aufgeboten, um zu beweisen, daß irgend welche Maßregeln der Regierung zur Milderung der Fleischnot nicht notwendig sind. Vor allen Dingen geht die Absicht der Vornahme der Regierung gegen die Öffnung der Grenzen und die Suspendierung der Zölle. Die umfangreiche amtliche Darstellung kommt zu dem Schluß, daß die Entwicklung der Vieh- und Fleischpreise erkennen lasse, daß eine weitere Öffnung der Grenzen als ein geeignetes Mittel zur Verbilligung der Fleischversorgung nicht anerkannt werden kann und daß nur eine Sicherung der Fleischherzeugung im Inlande eine ausreichende und preiswerte Fleischversorgung der Bevölkerung auf die Dauer gewährleisten wird.

Die Herren im preussischen Landwirtschaftsministerium haben ja auch nicht unter den teuren Fleischpreisen zu leiden! Was schert es sie, ob das arme Volk darbt und hungert!

Ein nationalliberaler Musterknabe.

Der nationalliberale Abgeordnete Weber-Löbau, Vertreter des 2. sächsischen Reichstagswahlkreises, hat es bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform berart mit den Konservativen verstanden, daß kürzlich die „Kreuzzeitung“ ganz unverblümt die Drohung aussprach, die Konservativen würden ihn bei der nächsten Wahl nicht mehr unterstützen und somit — wenn der Kreis nicht schon im ersten Wahlgang von der Sozialdemokratie geholt wird — durchfallen lassen. Und das, obwohl Weber, in der richtigen Erkenntnis des ihm drohenden Schicksals schon vor Wochen die Nationalliberalen dringend vor zu großer Annäherung an die Sozialdemokratie gewarnt hatte. Die Drohung der „Kreuzzeitung“ hat ihm nun einen solchen Schreck in die Knochen gejagt, daß er unter dem Vorwande einer Polemik gegen Erzberger den Konservativen nochmals im „Tag“ (Nr. 218 vom 17. September) zeigt, was für ein braver Musterknabe er ist. Er versichert, daß es nicht an den Nationalliberalen gelegen hätte, „wenn schließlich die (den Sunkern so verhasste) Erbschaftsteuer als letztes Ausschlagsmittel angefaßt wurde“. Dann fährt er fort:

„Indessen, Zweck dieser Zeilen ist, nicht mit diesem Vergangenen sich nochmals zu beschäftigen, sondern auf die große Gefahr hinzuweisen, die gerade für den deutschen Liberalismus in der im letzten Jahre eingetretenen, immer stärker werdenden Kandidatensicherung der Stimmung in Deutschland liegt. . . . Man mag noch so liberal sein, wie man will: das große Bedenken muß jeden Weiterdenkenden kommen, eine Partei zu unterstützen, die auf die niedrigsten Instinkte der Massen spekuliert und auf diese ihre Politik zuschneidet. Ein Liberaler sollte auch bei den gewiß berechtigten Bestrebungen, eine reaktionäre Politik in Deutschland zu beseitigen, nie vergessen, daß er durch unbedingten

Ostereich-Ungarn.

Halbe Maßregeln gegen die Fleischnot. Die österreichische Regierung wird in Wiener Blättern aufs heftigste angegriffen wegen ihres Beschlusses, zunächst nur 10 000 Tonnen, das sind 200 000 Zentner argentinischen Fleisches ins Land einzulassen und außerdem von der ungarischen Regierung die Genehmigung zu dieser Maßregel zu erbitten. Die ungarische Regierung hat in die Einfuhr von Schlachtvieh, aber nicht in die von geschlachtetem Fleisch dreinzureden. Man sieht in dem Beschlusse des Ministerrats wohl nur die große Angst der Regierung vor den Agrarparten, deren Hauptling Ritter v. Hohenblum auch schon in der ungenügendsten Weise ins Kampfhorn bläst. Aber die Bewegung ist nicht mehr anzuhalten. Es wird demnächst wohl zu Straßendemonstrationen kommen, die der Regierung sicherlich noch unangenehmer sein werden als die Agrarparten in dem ohnehin auflösungsreifen Reichsrat.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 20. September.

Verammlung der Bürgerschaft. Am gestrigen Abend trat die Bürgerschaft erstmalig nach den Ferien wieder zusammen. In Anbetracht des Umstandes, daß die Frage der Lehrerinnenbildungsanstalt wieder zur Debatte stand, waren Haus und Tribünen stark besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung riefen sich in Form von persönlichen Bemerkungen die Herren Bape und Thiele an dem Rechtsanwalt Fehling. Alle drei Herren sind unseres Wissens Vorstandsmitglieder der geeinten liberalen Volkspartei. Das ist kennzeichnend! Man kann daraus schlußfolgern, wie ungeeint die „Gezeichneten“ sind. Wenn das schon am grünen Holze geschieht, was kann man da vom dünnen erwarren.

Nach etwa halbstündiger Beratung, in der sechs Senatsanträge ohne belanglose Debatte erörtert wurden, kam man zur Beratung des Antrages auf Aufhebung der Lehrerinnen-Bildungsanstalt und Errichtung eines vierklassigen Volksschullehrerinnen-Seminars. Bekanntlich hat diese Gelegenheit bereits im Juli ds. Js. die Bürgerschaft in zwei Sitzungen beschäftigt. Nachdem die Bürgerchaftsmehrheit sich im Prinzip für den Senatsantrag erklärt hatte, wurde die Anstellung einer Direktorin als Leiterin der Anstalt abgelehnt. Freisinnige Herren brachten die Vorlage zu Fall. Gestern Abend nahm nun die Debatte vom Juli nach einigen einleitenden Worten des Senatskommissars ihren Fortgang. Gesagt muß werden, daß wesentlich neue Momente in die Diskussion nicht hineingetragen worden sind, auch nicht hineingetragen werden konnten. Trotzdem war die Aussprache eine sehr interessante. Die Gegner der Senatsvorlage, die auch Gegner der Frauenbewegung sind, kämpften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln; um den Mankelmütigen Sand in die Augen zu streuen, wurde Kommissionsberatung beantragt. Man wollte damit der Vorlage ein Begräbnis allerhöchster Klasse bereiten. Die Dunkelkammer, zu denen in erster Linie die akademisch gebildeten Lehrer gehörten, führten alle möglichen Gründe an. Den Vogel aber schloß Dr. Gilbert, der schon mehrfach bewiesen hat, daß es ihm manchmal an gesundem Menschenverstand fehlt, ab. Er redete vom inneren und äußeren Feind, von rabiaten Frauen, von den Oberlehrern als Bollwerk des Vaterlandes, und dergleichen Unsinn mehr. Von mehreren Seiten wurde er scharf abgedeckt. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat Genosse Stelling. Er knüpfte sich den vom heiligen Geist des Lebens“ befehlten Dr. Gilbert vor und forderte im Interesse des Fortschritts, im Interesse der vorwärtsstrebenden Frauenbewegung die Annahme der Senatsvorlage. Weiter geistelte er das „liberale“ Verhalten derjenigen Freisinnigen, welche die Vorlage im Juli zu Fall gebracht hatten. In angezeichneter Weise argumentierte der als Senatskommissar anwesende Schulrat Dr. Bychram, der so manchen Kämpfer gegen die Frauenbewegung in den Sand streckte. Schließlich fand nach etwa vierstündiger Debatte ein Schlußantrag Annahme. Nach einer Spezialberatung, die regelmäßig durch Annahme von Schlußanträgen ein baldiges Ende fand, wurde der § 1 der Vorlage, der die Aufhebung der Lehrerinnenbildungsanstalt und die Errichtung eines Volksschullehrerinnen-Seminars vorsieht, mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge auf Kommissionsberatung, sowie auf Anstellung eines männlichen Direktors. Nunmehr wurde in namentlicher Abstimmung über die Anstellung der Direktorin entsprechend der Senatsvorlage abgestimmt. Mit 48 gegen 38 Stimmen wurde der Senatsantrag abgelehnt. Damit war die Vorlage gefallen.

Wie im Juli waren es auch jetzt wieder die sogenannten Freisinnigen Bapescher Couleur, welche die Vorlage zu Fall brachten. Die Liberalen Dühringler Richtung stimmten getrennt; während Klein und Dühring für den Senatsantrag votierten, stimmte z. B. Lippert dagegen. Und das, trotzdem das Programm der geeinten Liberalen die Förderung der Frauenbewegung fordert! So beachten Lübecker Liberale ihr Programm; oder sollte vielleicht auch hier, wie bei der Forderung auf Einführung des gleichen Wahlrechts für die Landtage, von Berlin die Order gekommen sein, daß dieser Programm punkt für Lübeck außer Kraft gesetzt worden ist? So ist also zu konstatieren, daß mit freisinniger Hilfe — die faulen Ausreden August Bapes ändern an dieser Tatsache nichts — wiederum eine Vorlage abgelehnt worden ist, die einen kleinen Fortschritt auf dem Gebiete der Frauenbewegung darstellt. Unverkündet und niedriger Instinkt haben gesiegt und haben es erreicht, daß die „Republik“ Lübeck in bezug auf die Lehrtätigkeit der Frau noch weit hinter dem reaktionären Preußen zurücksteht. Vorläufig! Denn dessen sind wir sicher: Auch in Lübeck wird man dem Fortschritt nicht dauernd die Wege verstopfen können. Er wird sich Bahn brechen, trotz alledem! Die Uhr der Zeit läßt nicht zurück sich stellen, denn vorwärts drängt der Zeiger ohne Rast, und all das Bollwerk wird und muß zerfallen.

Das hemmend in des Rades Speichen faßt! Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag abend 6 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die gestern nicht erledigten Senatsanträge, sowie die Interpellation des Genossen Schwarz über die Maßnahmen zur Fleischnot.

Der Dieb hat gefessen! In unserer Freitag-Nummer behandelten wir in eingehender Weise die zum Zwecke des Abonnentenanzuges von zwei hiesigen Zeitungen eingeführte Abonnenten-Versicherung. Unser Artikel ist nun den „Lübecker Nachrichten“ böse auf die Nerven gefallen. Wie eine alte, zahnlöse Lante leift und wettet das Blatt gegen

über bedingten Anschluß an die Sozialdemokratie oder durch deren Förderung sich und sein Programm selbst aufgibt. Je mehr sich der Liberalismus an die Sozialdemokratie anschließt, desto mehr von seinen Truppen wird und muß er verlieren. . . . Die reaktionäre Presse ladet eine große Verantwortung auf sich, wenn man in gewiß berechtigtem Zorne über eine einseitige Wirtschafts- und Staatspolitik den großen Gedanken ganz außer acht läßt, daß sich die sozialdemokratischen und liberalen Anschauungen scharf gegenüberstellen als diejenigen der konservativen und liberalen Parteien. . . . Bei allen Angriffen auf die Reaktion sollte daher nie vergessen werden, daß im Hintergrund eine Gefahr lauert, die lawinenartig anwachsend, auch das Biltgerium unter sich begraben könnte. Es ist grundsätzlch, zu behaupten, daß der Endkampf mit der Sozialdemokratie noch in weiter Ferne liege. Schritt für Schritt schreitet sie vorwärts, wir plätschern zum Teil schon sehr munter im sozialistischen Fahrwasser, ohne uns dessen im Hinblick auf unsere schwierige Stellung im Kreise der Völker voll bewußt zu sein. . . . Der Liberalismus sollte es sich daher sehr überlegen, einer Partei die Steigbügel zu halten, die weiter nichts als Hohn und Spott für seine Bestrebungen hat und die, wenn sie einmal zur Regierung gekommen sein sollte, vielleicht das meiste von dem vernichten wird, was die großen liberalen Führer des Volkes im Jahre 1848 geschaffen haben. . . . Darum mag der Liberalismus die Reaktion bekämpfen, er mag mit Nachdruck seine Ideen und Überzeugungen und seine Vorschläge verteidigen und verbreiten, er möge es aber auch vermeiden, abhängig von einer Partei zu werden, die, wie die Sozialdemokratie in Deutschland, abgesehen von dem kleinen Seitensprung der badischen Sozialdemokratie, alles negiert, Klassenhaß predigt und in verbündeter Überhebung als Arbeiterpartei den Wünschen der für die Nation ebenso wichtigen übrigen Stände des Reiches nach keiner Richtung hin Rechnung trägt.“

Ob die konservativen Herren sein Flehen erhören werden?

Ausgang der Reichseinnahmen.

Auch der August ist für die Haupteinnahmequellen des Deutschen Reichs an Zöllen, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben ungünstig verlaufen. Außer den Zöllen sind insbesondere wieder die Branntweinverbrauchsabgaben hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die gesamten Einnahmen haben in den ersten fünf Monaten 582,6 Millionen Mark ergeben, während der Anteil dieses Zeitraums am Etatsfoll 600,6 Millionen Mark beträgt. Danach sind die tatsächlichen Einnahmen hinter den Etatsansatz bisher um 18 Millionen Mark zurückgeblieben. Dauern diese Verhältnisse an, so würde für das ganze Staatsjahr mit einem Ausfall von rund 43 Millionen Mark zu rechnen sein. Was ist die Folge davon? Neue Steuern!

Das amtliche Resultat von Frankfurt-Lebne.

Bei der am 15. September stattgehabten Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Frankfurt a. d. O.-Lebun wurden nach endgültiger Feststellung insgesamt 28 695 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Schuhmachermeister Faber-Frankfurt a. d. O. (SD.) 14 319, Geheimrat Archivrat Winter-Magdeburg (RL.) 7754, Arbeitersekretär Dunkel-Berlin (R.) 6595 Stimmen. Nithin ist eine Stichwahl zwischen Faber und Winter erforderlich. Wahltermin: 26. September.

Also fehlten unserm Genossen Faber nur 31 Stimmen an der absoluten Majorität. Hoffentlich wird die Stichwahl diese und noch mehr bringen!

Städtetag und Fleischnot.

Der württembergische Städtetag wird auf Antrag mehrerer Städte in der nächsten Woche in Stuttgart zusammenzutreten. Zweck der Einberufung ist, Stellung zu nehmen zur Frage der Fleischsteuerung.

Die neue Militärvorlage.

In der bürgerlichen Presse wird ein Telegramm der „Königlichen Zeitung“ verbreitet, das anscheinend dazu dienen soll, die bereits fertiggestellte neue Militärvorlage in etwas besserem Lichte erscheinen zu lassen. Es wird behauptet, daß die Angaben über die Vorlage in vieler Beziehung durchaus unzutreffend sind. So soll zurzeit als völlig ausgeschlossen gelten, daß bei den Trainbataillonen eine vierte Kompanie als Kraftwagenkompanie errichtet werden soll. Auch habe die Vorlage den Bundesrat noch nicht passiert und es sei deshalb verfrüht, schon jetzt sichere Angaben irgend welcher Art zu machen.

Die „Märkische Volkszeitung“ will übrigens erfahren haben, daß sich die gesamten Mehrausgaben für das Heer im kommenden Quinquennat auf rund 250 Millionen Mark belaufen sollen.

Das geht ja schon!

Ein grober Korfanty-Schwindel.

Durch die gesamte bürgerliche Presse geht eine Notiz, wonach der polnische Abgeordnete Pan Korfanty in einer in Paulsdorf O.-S. stattgefundenen Versammlung von anwesenden Sozialdemokraten niedergebrüllt und sogar mit dem Messer gestochen worden sei. Die ganze Nachricht ist grober Schwindel und soll nur den Zweck haben, das politische und wirtschaftliche Renommee des Demagogen Korfanty wieder etwas zu befestigen. Die „Kattowitzer Zeitung“, ein nationalliberales Blatt der Grubenbarone, das die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit in der häßlichsten Weise angreift, muß selbst zugeben, daß es keine Sozialdemokraten waren, die in Paulsdorf Korfanty niedergebrüllt und tatsächlich angegriffen hätten. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Von unparteiischen und unbefangenen Zuschauern wird aufs bestimmteste versichert, daß der Lärm von denjenigen polnischen Arbeitern ausging, die ihm (Korfanty) 1903 zujubelten und seine Wähler waren.“

Den von den Sozialdemokraten ihm angeblich beigebrachten Messerstich hat Korfanty glatt erfunden, nur um sich bei seinen polnischen Wählern, die in Massen von ihm abrücken, in empfehlende Erinnerung zu bringen.

uns und beschmört die Arbeiter, doch ja nicht unseren Darlegungen zu folgen. Daß es hierbei auch mit Unwahrheiten operiert, versteht sich am Rande. — Wir lehnen es ab, auf dieses Gewäsch weiter einzugehen; wissen wir doch, daß die Lübecker Arbeiterchaft und jeder denkende Einwohner nicht auf den Leim des Versicherungsschwindels friecht. Und das genügt uns!

Preßprozeß. Wegen angeblicher Beleidigung des Lehrers Käbler in Fackenburg stand heute morgen der Genosse Paul Böhmig als verantwortlicher Redakteur des „Lübecker Volksboten“ vor dem hiesigen Schöffengericht. Da unser Genosse als Delegierter am Magdeburger Parteitag teilnimmt, so war ein Antrag auf Vertagung des Verhandlungstermins gestellt worden. Das Amtsgericht hielt aber die hierfür angeführten Gründe nicht für stichhaltig, und so mußte der unverbesserliche Sünder die unangenehme Reise von Magdeburg nach Lübeck unternehmen, um den ihm von Gerichtsseite angebotenen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Anderorts ist man übrigens in ähnlichen Fällen weit entgegenkommender. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der im „Volksboten“ behaupteten Tatsachen. Trotzdem war der als Vertreter des Staatsanwaltes erschienene junge Herr so freundlich, einen Monat Gefängnis gegen den Angeklagten zu beantragen. Genosse Dr. Perz Altona zerpflückte in wirkungsvoller und geschickter Rede die Argumente der Anklagebehörde und beantragte die Freisprechung seines Klienten. Das Urteil lautete auf 100 Mk. Geldstrafe. Näherer Bericht folgt.

Personalien. Der Senat hat den Oberlehrer an der Ernestinschule Dr. phil. G. J. G. Schaper zu Ditzeln 1911 wiederum zum Oberlehrer an der Realschule zum Dom ernannt.

Deutscher Buchbinder-Verband, Zahlstelle Lübeck. Am Sonntag vormittag fand im Gewerkschaftshause eine gut besuchte außerordentliche Buchbinder-Versammlung statt, in welcher die Lohnkommission über die am Sonnabend, dem 17. ds. Mts., mit der Kommission der Freien Vereinigung der Buchbindermeister und der Buchdrucker-Zinnung gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattete. Der von dem Buchbinder-Verband aufgestellte Tarif-Entwurf hat von den Arbeitgebern verschiedene Einschränkungen erfahren, was die Versammlung zu folgender einstimmig angenommene Resolution veranlaßte: „Die am Sonntag, dem 18. September tagende Versammlung des Deutschen Buchbinder-Verbandes, Zahlstelle Lübeck, nimmt Kenntnis von den mit der Arbeitgeber-Kommission gepflogenen Verhandlungen und bedauert, daß die Zugeständnisse der Herren Unternehmer so äußerst minimale sind, daß des weiteren die Arbeitnehmer von der Aufnahme in den Tarif ausgeschlossen sein sollen. Die Versammlung zieht ferner in Erwägung, daß auch für die Arbeiterinnen eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse wünschenswert ist, da die Verhältnisse in den hauptsächlichsten Betrieben derart liegen, daß die Arbeiterinnen unentbehrlich sind. So beschließt die Versammlung, die Herren Arbeitgeber zu ersuchen, hierüber nochmals in wohlwollende Verhandlung einzutreten. Mit den vorgeschlagenen Tariffischen für die Gehilfen erklärt sich die Versammlung nach Lage der Sache einverstanden und beantragt, außer der bewilligten Lohnerböhung von 4 Proz. vom 1. Oktober 1911 ab nach einem weiteren Lohnzuschlag von 2 Proz. einzutreten zu lassen.“

Schiffszusammenstoß in der Dittsee. In der Nacht zum Sonnabend stieß bei Fehmaru der finnische Schoner „Benio“ aus Raumo, Kapitän Sjöholm, auf der Fahrt von Kiel nach Raumo mit dem Schoner „Paul und Emma“ aus Barth, Kapitän Engelhardt, zusammen, der von Stettin mit einer Ladung Roggen auf der Fahrt nach Kiel war. Das deutsche Schiff erlitt schwere Beschädigungen. Die gesamte Besatzung von vier Mann wurde vom „Benio“ gerettet und Sonntag morgen vom Lotenbampfer in Skandör übernommen und in Skandör (Schweden) gelandet. Das Wrack wurde Sonntag mittag vom schwedischen Postdampfer „Gauthiod“ gesichtet und nach Traudmünde geschleppt. Heute morgen traf dasselbe im hiesigen Hafen ein. Das Schiff hat Getreide geladen.

pb. Erwischt. Festgenommen wurden 2 Arbeiter, die vor einigen Tagen bei der Herrenbrücke einen Segeltutter weggenommen haben, sich aus demselben Kleidungsstücke angeeignet, und ihn dann an der mecklenburgischen Küste auf den Strand setzten.

pb. Ladendiebstahl. Gestern mittag erlitten im Laden eines an der Mollinger Allee wohnenden Uhrmachers ein unbekannter Mann und verlangte eine Herrenuhrkette zu kaufen. Nachdem ihm eine Anzahl Ketten zur Auswahl vorgelegt waren, entfernte sich der Mann, ohne eine zu kaufen. Beim Weggehen der Ketten stellte sich heraus, daß eine im Werte von 23 Mk. fehlte, die sich der Unbekannte zweifellos angeeignet hat.

Neues Stadttheater. Morgen Mittwoch-gelant außer Abonnement bei kleinen Preisen Leo Falls erfolgreiche Operette „Der fidele Bauer“ zur Aufführung. Als Annamir wird sich die Operettensoubrette Fel. Thornesg erstmalig dem hiesigen Publikum vorstellen. Die übrigen Hauptrollen sind mit den Herren von Scheuch, Metzger, Fuchs, Haas, Heydecke, und den Damen Müller, Wolf und von Neundorff besetzt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn von Schend; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Blumann. Am Donnerstag erscheint Hebbels gewaltige Tragödie „Gyges und sein Ring“ in neuer Einfubrierung auf dem Spielplan. In Vorbereitung befindet sich Mozarts große Oper „Don Juan“ sowie die Operetten-Novität „Die Förster-Christi“ von Georg Jarno.

e. Stöckelsdorf. Feuer. Das strohbedeckte, in Wohnrade belegene Wohnhaus des Herrn D. Longuet-Lübeck wurde am Sonnabend abend gegen 9 Uhr ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Mit vieler Mühe und unter eigener Lebensgefahr gelang es, einem hier bei seinen Eltern zu Besuch weilenden Zimmerer, zwei Herde aus den Flammen herauszuholen. Die Mähnen der Pferde waren bereits in Brand geraten. Auf der von einer zahlreichen Menschenmenge belagerten Brandstätte waren die hiesige und die Krempelesdorfer Feuerwehre erschienen. — Die Einsicht in die Steuerliste muß bis zum 24. September erfolgen. Bis zum 15. Oktober muß die Reklamation an den Vorstehenden des Steuerausschusses der Gemeinde Stöckelsdorf in Gutlin geschehen.

Kreisfeld. Chezwistigkeiten bildeten die Ursache des Selbstmordversuchs, von dem wir gestern berichtet haben. Es handelt sich um den Gärtner Dreßler, der von seiner hier wohnhaften Frau getrennt lebt. D. lebt seit kurzer Zeit in Lübeck.

Samburg. Konflikt zwischen Senat und Bürgerchaft. Hier ist ein Konflikt zwischen dem Senat und dem Bürgerauschuß ausgebrochen. Der Senat hatte unter anderem den Herren Dr. phil. Schütt und Dr. phil. Anna den Professortitel verliehen. Hierzu

hielt der Bürgerausschuß den Senat nach Artikel 60 Abs. 5 der Staatsverfassung für nicht zuständig und ersuchte ihn, die Zustimmung der Bürgerschaft nachträglich einzuholen. Dem Bürgerausschuß ging hierauf eine Erwiderung des Senats zu, worin dieser erklärte, er halte sich zu dieser Titelverleihung für zuständig, und sehe sich daher nicht veranlaßt, dem Ersuchen des Bürgerausschusses zu entsprechen. Um nun zu einer gütlichen Einigung zu kommen, beantragte der Bürgerausschuß eine Sitzung an, an der auch verschiedene Senatskommissare teilnahmen. Allein diese Besprechung verlief ohne Ergebnis. Die Senatskommissare hielten unüberändert an dem Standpunkte des Senats fest. Der Bürgerausschuß sieht sich daher jetzt genötigt, den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg einzuschlagen und der Bürgerschaft die Verleihung des öffentlichen Rechts durch die Ernennung der beiden Herren zu Professoren zur Anzeige zu bringen.

Möbel. Pluttat im Wahnsinn. Als das Bildner-attentatschepaar Alker in Kiewe beim Heuen beschäftigt war, fielen plötzlich mehrere Schüsse. Alker stürzte getroffen zu Boden. Ehe auf das Hilfsgegeschrei der Frau Leute herbeiliefen konnten, wurde auch die Frau von mehreren Kugeln getroffen. Sie war sofort tot, ihr Mann schwer verletzt. Der Attentäter, der 30jährige Waul Genenß aus Kiewe, soll die Tat infolge plötzlichen Ausbruchs von Wahnsinn begangen haben. Er hatte nach seiner eigenen Angabe die Absicht, seinen Bruder und dessen Frau zu erschließen. Der Täter wurde festgenommen.

Mixow. Ertrunken. Ein Unglücksfall, dem ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich Freitag abend auf dem Zoogeniee. Vier junge Beamte machten eine Bootsfahrt nach Diemig. Auf dem Rückwege, als die Ausflügler auf dem Zoogeniee nach inzwischen eingetretener Dunkelheit die Nähe im Boot wechseln wollten, kippte das Boot um und alle vier Anwesenden fielen ins Wasser. Auf die Hilferufe der Vermissten, die schwimmend das Land zu erreichen suchten, eilte der Förster Schulz von der Försterei Polm mit einem Kahn zur Hilfe herbei. Drei sind gerettet, der vierte, ein Volksgenosse Wausel aus Wüstrow, ist ertrunken. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Wachim. Aus dem 20. Jahrhundert! Ein hiesiger Einwohner, der neben seinem Gewerbe auch etwas Landwirtschaft und Viehhaltung betreibt, hatte Unglück mit seinen Schweinen. Sie wählten nicht recht gedeihen und in der Sorge um sein wertvolles Tier, das einzugehen drohte, wurde dem auch bald die Däse einer „klugen Frau“ in Anspruch genommen. Diese übte ihre Kunst aus und erklärte dann mit wichtiger Miene, daß fremde Augen es dem Vieh angetan hätten. Wenn das von ihr angewandte Mittel von durchschlagender Wirkung sein sollte, müsse diese Person mit Schlägen aus dem Hause gebracht werden. Wer jetzt zuerst ins Haus kam, um etwas zu leihen, sei der Missetäter. Man sollte es kaum für möglich halten, daß derartige Märchen in unserer Zeit des Fortschritts Glauben finden können, und doch, unter hiesiger Bürgermann soll mit größter Spannung dem Erscheinen der fremden Person entgegengekommen haben. Schon am andern Morgen in aller Frühe erließen ein ganz naher Verwandter, um sich einen Handwerksgegenstand auf einige Zeit zu leihen. Dieser Verwandte — man kann es sich wohl vorstellen — soll ziemlich verblüfft gewesen sein, als statt des erbetenen Gegenstandes ihm eine Behandlung nach den Marschlägen der „klugen Frau“ zuteil und er vor die Tür gesetzt wurde.

Ein drohender Kampf.

Seit dem 23. August werden mit wenigen Unterbrechungen zwischen dem Boykottschußerband rheinisch-westfälischer Brauereien und den für die Brauereiarbeiter Rheinlands und Westfalens in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen Verhandlungen um einen Tarifvertrag geführt. Bis jetzt waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Brauereien in Rheinland und Westfalen örtlich geregelt. Die Unternehmervereinigung arbeitete aber schon seit Jahren auf eine allgemeine Regelung der Arbeitsverhältnisse für den ganzen Bezirk hin. Schon seit über zwei Jahren wurden für die dem Boykottschußerband angehörenden Brauereien keine Tarifverträge abgeschlossen, welche länger als bis zum 30. September 1910 dauerten. Das war Prinzip. Der Zweck, den die Unternehmervereinigung der rheinisch-westfälischen Brauereien mit dem einheitlichen Ablauf der Verträge beabsichtigte, war für die Arbeiter schon längst klar. In einigen Orten des Industriegebietes, besonders in der Biermetropole Dortmund, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter noch recht rückständig. Auf der Grundlage dieser rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse glaubte die Unternehmervereinigung einen Generaltarifvertrag für das gesamte Gebiet aufbauen zu können. Das von der Unternehmervereinigung den Arbeitervertretern zu Anfang der Verhandlung vorgelegte Vertragsmuster enthielt in der Tat für die Orte mit bereits vorgeschrittenen Arbeitsverhältnissen wenig oder nichts. Danach sollte die tägliche Arbeitszeit im inneren Betrieb während des ganzen Jahres auf 10 Stunden netto bei einer 12stündigen Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Auch wollen die Unternehmer über den Beginn und über das Ende der Arbeitszeit allein bestimmen. Festig wurde über die Arbeitszeit bei den Verhandlungen gestritten, die Entscheidung darüber dann aber bis zum 14. September zurückgestellt. — Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 14. September machten die Unternehmer das Angebot auf Einführung einer Arbeitszeit von 57 Stunden pro Woche im Jahresdurchschnitt. Damit war natürlich der Willfür Tür und Tor geöffnet, eine wirkliche Regelung der täglichen Arbeitszeit illusorisch gemacht. Die Verhandlungen scheiterten.

Im Bereich des Brauereiarbeiterverbandes waren nach einer Zusammenstellung vom 1. August 1910 in 200 Orten 276 Tarifverträge für rund 700 Betriebe mit über 85 000 darin beschäftigten Personen gültig, in denen eine Arbeitszeit von unter 10 Stunden vorgesehen ist, darunter sind Verträge, die sogar eine 12stündige Arbeitszeit vorsehen. Daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Brauereien des rheinisch-westfälischen Industriegebietes möglich ist, beweist schon allein die Tatsache, daß dort schon eine ganze Anzahl Verträge mit einer Arbeitszeit von unter 1/2 Stunden bestanden haben. Auch ist die Konstellation der Betriebe im Industriegebiet so, daß sich nirgends besser wie dort eine verkürzte Arbeitszeit durchführen läßt. Wir finden in Rheinland-Westfalen nicht nur fast durchweg große, sondern auch die besteingetragenen Brauereitabilliments. An der Möglichkeit, eine Verkürzung der Arbeitszeit im Sinne der Arbeiterforderungen eintreten zu lassen, liegt es nicht, sondern die Brauereivereinigung hat das starre Prinzip aufgestellt, in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern möglichst wenig oder garnicht entgegenzukommen. Es handelt sich hier nur um ein Prinzip, wie überhaupt die meisten scharfmacherischen Prinzipien der Arbeitgebervereinigungen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet stammen. Um aber nach außen hin nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob die Verhandlungen an der Arbeitszeitfrage gescheitert seien, schüben die Vertreter der Unternehmervereinigung etwas vor, was mit den Lohnverhandlungen in

gar keinem Zusammenhang zu bringen ist. Sie erklären nämlich, daß an den Abschluss eines Tarifvertrages gar nicht zu denken sei, wenn die über einige Brauereien in Solingen und in Lütgendortmund verhängten Boykotts nicht bis zum 17. September aufgehoben seien. Die genannten Boykotts entstanden aber, wie selbst die unternehmerische „Allgemeine Brauer- und Hopfenzeitung“ berichtet, deshalb, weil die in Betracht kommenden Wirte sich weigern, die Lebensmittel-Blätter wieder abzuschaffen und für 15 Pfg. vier Zentel Liter Bier zu verabreichen. Die Brauereiarbeiterorganisationen sind an diesem spontan ausgebrochenen Bierkrieg ganz unschuldig, folglich kann man sie auch nicht dafür verantwortlich machen.

Die Brauereiarbeiter Rheinland-Westfalens, von denen in diesem Falle mehrere Tausend in Frage kommen, sind nicht willens, in bezug auf die Arbeitszeitdauer gegenüber ihren Kollegen anderer Gegenden noch länger zurückzutreten. Wenn die Unternehmervereinigung der rheinisch-westfälischen Brauereien glaubt, ihren Arbeitern aus Prinzip das vorzuenthalten zu können, was in anderen Gegenden des Reiches bereits längst eingeführt ist, dann täuschen sie sich ganz gehörig.

Am der Bewegung sind beteiligt: Der Brauereiarbeiter- und der Böttcherverband sowie der Bund deutscher Brauereigesellen und der christliche Lebens- und Genusmittelarbeiterverband. Die beiden letzteren haben sich zur Erkämpfung einer verkürzten und geregelten Arbeitszeit solidarisch erklärt.

Wenn die rheinisch-westfälischen Scharfmacher nicht noch rechtzeitig ihre Prinzipien aufgeben, dann dürfte die deutsche Brauindustrie einen Kampf erleben, wie sie ihn noch nie gesehen hat. Für die Folgen des Kampfes werden sich die einzelnen dem Boykottschußerband rheinisch-westfälischer Brauereien angeschlossenen Betriebe dann bei deren Leitern bedanken können. Lange genug haben diese das Feuer geschürt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berliner Polizei als Arbeitswilligenlieferant? Unter dieser Überschrift teilt die „Berliner Volkszeitung“ folgenden Vorfall mit, der, wenn sich der Inhalt der Notiz bewahrheitet, zu dem schärfsten Protest herausfordern muß. Auf dem Bureau des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes suchte am Sonntag ein Nichtmitglied dieses Verbandes, ein achtzehnjähriger Klempner jüdischer Nationalität, Rat, der mit der Ausweisung bedacht worden war. Der junge Mann, namens Mayer Max Falsch-Fast, hatte bei seinem Vater, einem jüdischen Klempnermeister in Galizien, das Klempnerhandwerk erlernt und war nach Berlin gekommen, um sich hier weiter auszubilden. Gleich nach seiner Ankunft trat er — mit ordentlichem Paß versehen — bei einer Berliner Firma in Arbeit, wo er noch jetzt beschäftigt ist. Er wurde von der Polizei vorgeladen, um sich eine Kontrollkarte ausstellen zu lassen. Als er dann auf dem 18. Polizeirevier die Karte abholen wollte, wurde ihm deren Ausständigung verweigert. Der Reviervorsteher sagte ihm, er müsse doch in die Kasernen gehen, dort würden wegen des Westarbeiterstreiks Arbeiter gesucht. Der junge Mann lehnte diese Zumutung ab, da er noch in Arbeit stehe. Nach einigen Tagen ging ihm vom Polizeirätidium folgende Verfügung zu: „Sie werden hiermit als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen. Ihre Abschiebung an die Grenze wird mittelst Zwangsstransportes erfolgen.“

Es ist dringend erforderlich, daß recht bald eine amtliche, der Wahrheit entsprechende Aufklärung über diesen Fall gegeben wird.

Der Streik der Mainzer Dachdecker, der etwa zwei Monate gedauert hat, ist beendet. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Gehältern eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes von 3 Pfg. bringt und bis zum Jahre 1913 auf 6 Pfg. pro Stunde steigt. Der Tarif gilt bis 1913.

Streikende als lästige Ausländer. In den schon fünf Wochen dauernden Streik der Tischler in Ziegenhals greift die Polizei in nicht mehr ungewohnter Weise ein. Sie läßt streikende Ausländer auf das Polizeikommissariat berufen und eröffnet ihnen, daß sie ausgewiesen werden, wenn sie nicht sofort die Arbeit in demselben Betriebe wieder aufnehmen, wo sie vor dem Streik gearbeitet haben. So schädigt die Polizei Unternehmerinteressen und die lieben Arbeitswilligen.

Arbeitsniederlegung in Brauereien. In den Brauereien Bergschloß in Elberfeld und Voß in Darmen haben die Arbeiter infolge der ablehnenden Haltung des Boykottschußerbandes rheinisch-westfälischer Brauereien gegenüber ihren Forderungen die Arbeit eingestellt. An der Arbeitsniederlegung sind auch die im Bundesverein organisierten Brauereigesellen beteiligt.

Ein Bauamt für den Tarifbruch. In ganz unzulässiger Weise mißachte sich das städtische Bauamt zu Brandenburg a. S. in die tariflich festgelegten Arbeitsverhältnisse von Unternehmern und Arbeitern ein. Für die Pflasterer und Kammer besteht in Brandenburg ein Tarif, der den Steinlegern bei neunstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 85 Pfg., den Kammer bei gleicher Arbeitszeit einen Stundenlohn von 65 Pfg. garantiert. Der von den Unternehmern schriftlich anerkannte und auch bisher von ihnen bis zum April d. J. eingehaltene Tarifvertrag sollte Geltung bis 1. April 1911 behalten. Im April d. J. weigerten sich die Unternehmer plötzlich, noch weiter nach dem Tarif zu entlohnen, sie zahlten pro Stunde 13 Pfg. weniger. Das zeigten sich die Arbeiter selbstverständlich nicht gefallen lassen; es kam zum Streik, der jetzt noch nicht beendet ist. Die städtischen Pflasterungsarbeiten werden mit Hilfe von ungelerten Streikbrechern und Lehrlingen auszuführen gesucht, wie, das kann man sich denken. An Arbeiten, die sonst in wenigen Tagen fertiggestellt wurden, wird jetzt wochenlang gearbeitet, was natürlich für den Verkehr in den Straßen, wo Pflasterungsarbeiten vorgenommen werden, sehr hinderlich ist. Merkwürdigerweise zeigt das städtische Bauamt gegenüber dieser Schlampe sehr viel Nachsicht, im Gegensatz zu der Energie, die es im vorigen Jahre anwendete, als die Pflasterarbeiter den 1. Mai feierten, was ihnen übrigens nach dem Tarif erlaubt war. Damals nahm das städtische Bauamt dem die Arbeiten ausführenden Unternehmer die Arbeiten ab und überwies sie einem andern. Jetzt klärt sich die Stellungnahme des städtischen Bauamtes auf. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg konnte der sozialdemokratische Fraktionsredner S ü b o w durch ein Schriftstück überzeugend nachweisen, daß der Dezernent des Bauamtes den Unternehmern geraten oder sie vielmehr gezwungen hat, den Tarif zu brechen, widrigenfalls ihnen keine städtische Arbeit mehr zugewiesen würde. Der Baurat war in der Sitzung leider nicht anwesend; man kann darauf gespannt sein, wie er seine merkwürdige Stellungnahme begründen wird.

Drohende Nierenanfeuerung in England. Eine Massenversammlung von Vertretern des Verbandes der Baumwollspinnereibesitzer, die in Manchester tagte, hat beschlossen, daß sämtliche dem Verbande angehörenden Spinnereien am 1. Oktober geschlossen werden

solten, falls bis zu diesem Termin die Streitigkeiten in der Spinneret in Oldham, deren Arbeiter den gegenwärtigen Zwist verursacht haben, nicht beigelegt sind. Von diesem Beschluß werden über 100 000 Arbeiter betroffen werden.

Soziales.

Subvention der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung durch städtische Mittel. Damit schon jetzt die nächsten Winter getroffen werden können, hat das Gewerkschaftsamt in Karlsruhe in einer Eingabe an den dortigen Stadtrat verlangt, einen vorläufigen Kredit von 10 000 Mk. zu eröffnen. Aus diesem sollen Arbeitslose zu ihrer von der Organisation zu beziehenden Arbeitslosenunterstützung einen wöchentlichen Zuschuß von 8 Mk. erhalten. Ferner wird beantragt, die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter zu verkürzen, damit die Stadt im Winter, u. a. auch im Gaswerk, mehr Arbeiter beschäftigen könne.

Die Großen treffen die Kleinen. In der letzten Zeit lassen die rheinischen Partikularschiffer lebhaft Klagen über die traurige Lage im Kleinschiffergewerbe erschallen. Wie die „Rhein. Volksztg.“ nun mitteilt, sind Kohlen für das Syndikat zu einer Fracht von etwas über 2 Mk. für 200 Zentner von Ruhrort nach Rotterdam gefahren worden. „Wir wissen wohl“, bemerkt das Blatt dazu, „daß wir für die Abfuhr eines Waggons Kohlen vom Bahnhof bis zu unserem Hause 6—8 Mk. an unseren Fuhrmann bezahlen müssen; daß man aber 200 Zentner Kohlen für 2 Mk. von Ruhrort nach Rotterdam fährt, haben wir noch nicht gewußt! Wir haben uns denn auch etwas näher danach erkundigt, woher denn solche noch nie dagewesene Frachten eigentlich kommen, und da wurde uns folgendes mitgeteilt: Das Syndikat und das Mühlheimer Kohlenfontor sind in Rotterdam unter der Firma Steinkohlen-Handelsvereinigung anläßlich. Diese Syndikatsfirma hat eine Anzahl von Rheintälern zu festen Jahreslöhnen gemietet und setzt für diese Löhne rückwärts die niedrige Fracht an, wodurch natürlich in der jetzigen, für die Rheinschiffahrt überaus flauen Zeit der Frachtmärkte an der Ruhrorterschiffahrt völlig verdorben wird.“ Der Siegeszug des Kapitals geht über Leichen! Rücksichtslos vernichtet es kleine Existenzen und den blinden Eschtern gaukelt man vor: die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand!

Standesamtliche Nachrichten

vom 11. bis 17. September 1910.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
7. Sept. Klempner H. H. J. Seibert, Oberpostassistent H. J. F. H. J. Zengel, 8. Arbeiter G. C. Hardt, 9. Heizer C. J. D. Meins, 11. Arbeiter M. F. Radloff, 12. Maurerpolier R. J. Th. L. Schröder, Arbeiter A. Kuschewski, 13. Arbeiter J. Ch. O. Lindt (Schönböcken), Kaufmann W. C. E. Albrich, 14. Fleischwarenfabrikant P. C. Mand, 16. Straßenteiniger J. J. Ch. Prahl.
b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
6. Sergeant W. F. J. Holzmann, Postkassierer a. D. R. Ch. J. Koop, 7. Arbeiter W. R. H. Wiggers, Arbeiter C. J. D. W. Alwarth, 8. Monteur K. C. Lundström, 9. C. J. W. F. Racz, Arbeiter A. C. J. Deuer, Arbeiter J. J. C. W. Brühl, 10. Arbeiter G. J. Ch. Groth, Kofferträger S. Reichel, Schneider A. C. F. Meier, 11. Vater C. V. H. Boldt, Kaufmann D. H. J. Schulz, Maurer D. A. W. Gardt, 13. Arbeiter J. H. J. Köhler, gen. Nickel, Arbeiter A. R. Redlich, 13. Bäcker W. F. H. Buchin, Heizer bei der 2. Abteilung der 1. Werkstation in Kiel S. B. W. Baasch, 15. Arbeiter Ch. W. H. Nieschlag, Vater C. Vogel, Schriftsetzer J. H. Schnaars, 16. Königlich Preussischer Regierungs-Baumeister C. Ed. S. Arnoldt (Hannover), Arbeiter Th. W. K. Möller.

Angesprochene Missebote.

12. September. Kaufmann C. J. H. Schmidt in Mölln und M. C. C. Maas in Schwartau, Werkführer C. L. Ode und A. B. Ch. Lude, Arbeiter H. D. H. Böß und die geschied. M. M. C. Röder geb. Vog. 13. Handlungsgehilfe H. F. J. Martens und C. M. D. Thäwel in Bodenreich, Kaufmann A. C. F. Jensen und M. W. C. Schmidt, Holländer C. C. Rosehr und A. M. Grammerstorf, Hallenausschauer am Schlachthof J. W. S. Ritter und D. H. J. Dohz. Tapezierer und Dekorateur J. A. P. F. Nieschlag und M. J. A. Rogalski, Kunststudierender Dr. phil. R. Ehrlich und M. H. Andresen, beide in München, 14. Kaufmann F. C. Th. H. Vog und M. Wolf, beide in Mölln, Großherzoglicher Baumeister H. C. F. Franck in Schönberg und D. M. L. Burmeister in Mölln, Maschineningenieur H. F. Käbner in Göppingen und J. A. D. Grünmacher, Tischler J. H. F. Behnke und A. C. B. Eckermann in Grabau, Kaufmann J. H. Bluhme Gebjen und C. A. L. A. Gröning in Steintin, Banbeamter F. W. C. Mahnegold und M. M. D. L. Schmidt, Bureaugehilfe J. H. L. Schnerke und C. M. L. Meyer, Maschinenschlosser A. A. W. Maß und R. Ch. M. Bloes, Apotheker Dr. phil. W. C. A. Höhne und C. L. C. Brandt, 15. Tischlergeselle C. A. Loeh und J. M. C. Vadssteen in Fackenburg, Brennmaterialienhändler M. A. F. Gerber und C. M. Naue in Stockelsdorf, Photograph J. W. A. von Bein und H. Lemmermann, Straßenbahnwagenführer K. F. Lange und M. K. C. Käding in Klein-Sarau, Zollsekretär P. Thambauer und W. A. M. Osterhof in Neustadt i. H., Feuerwehmann H. W. A. Carpins und M. M. Hildebrandt in Krotekau, Modellstecher J. G. Siffer und C. A. M. W. Albrecht, Bureauamter J. J. H. Lehmann und A. M. M. Hoffmann, 16. Maschinenkassierer S. Chr. P. Ehlers und M. C. Denker, Schriftsetzer A. R. M. Kemmann und A. C. L. Köhn, Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. C. E. B. Schön und B. C. M. Stoß, 17. Maschinenmeister C. Durack und A. Metereit, Arbeiter H. J. G. Giesenberg in Wernsdorf und C. M. L. Busch.

Eheschließungen.

12. September. Missionar G. Rytat in Lyck und P. J. J. C. Schmidt, Schauspieler D. F. H. Becker und J. C. C. Gruber in Bromberg, 14. Konditor M. G. H. Kraysenfeldt in Hamburg und D. F. A. Meyer, 16. Schiffsoffizier J. C. W. Steinfurth und M. L. A. Wolsack, 17. Schuhmacher K. H. P. Holt und Th. H. J. Kröger, Arbeiter J. R. C. Müller und C. M. D. Franzen, Schlossermeister Ed. R. B. Kröger in Kiel und Witwe J. W. Jaenisch geb. Petersen, Tischler A. Goldmann und A. G. Wulfau, Arbeiter G. W. J. Matthes und W. H. M. L. Maub, Bohrer W. B. Schipanski und die geschied. H. Wohlert geb. Unger, Arbeiter J. M. L. Harms und die Witwe J. A. Th. Hannover geb. Pefowsky, Kaufmann H. G. A. Bey in Hamburg und C. M. Erb, Seemaschinist C. Riefewetter und J. M. A. D. Kropp.

Sterbefälle.

9. September. Buchdrucker W. Goltz, 27 J., 10. C. J. D. geb. Müll, Witwe des Arbeiters Chr. Th. D. Groß, vorher vermittelte Blichsch, 78 J., 11. H. C. F. Jordan, 8 M., 12. Tischler H. J. F. Nehmann, 62 J., M. Ch. C. geb. Dschow, Ehefrau des Tischlermeisters J. J. A. Glawe,

W. F. Schmied F. Chr. F. Knorr, 61 F. G. M. Winkelmann, 2 M. Bahndrucker M. Chr. E. Bruhn, 23 F. 18. S. F. geb. Die, Ehefrau des Werkmeisters F. Popp, 70 F. Ein togeb. Knabe, W.: Kutscher R. S. F. Krüger, 70 Chr. M. geb. Bricks, Ehefrau des Schlichters F. F. Nau, 60 F. B. Chr. F. Barg, 8 M. 14. G. M. M. Ollmann, 8 F. G. S. W. geb. Bruhn (Bruhnsen), Witwe des Landmannes und Gastwirts F. D. David, 70 F. (Stubbendorf). Arbeiter F. H. Wendland, 45 F. Arbeiter Chr. F. L. Wulbrandt, 41 F. 15. G. F. Malonn, 12 F. Arbeiter F. G. Franz, 81 F. 16. G. B. Chr. Verding, 1 M. N. G. geb. Neuzom, Ehefrau des Privatmannes F. D. Doff, 60 F. Arbeiter F. F. Meyer, 80 F. Affessor St. Brunschwig, 28 F.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die lustigen Weiber von Windsor“. Komisch-phantaistische Oper in 3 Akten. Musik von Otto Nicolai.
Es war wieder eine prächtige Dreierheit, die gestern Abend das nicht allzu zahlreich erschienene Publikum gelegentlich der Neuaufführung dieser altbekannten Oper in die glücklichste Stimmung versetzte. Die sehr wirksam aufgebaute Handlung, die dem gleichnamigen, derben Lustspiele Shakespeares entlehnt ist, Nicolais unvergängliche, edel-vollstimmliche Musik und eine unwiderstehlich frische, nahezu ausgeglichene Wiedergabe. Fel. Webers köstliche Fassung als Frau Gluth ist so hinreichend bekannt, daß es sich hier erübrigt, noch ein Wort des Lobes auszusprechen. Und für das leider erkrankte Fel. Bauer hatte die uns ja nicht fremde Altistin vom Kieler Stadttheater, Frau **Vueß-Marc**, die Rolle der Frau Reich übernommen, um sie in gerader, musterhafter Weise zu verkörpern. Es war ein ausgezeichnetes Scherenschnitt, den der blühende Gesang und das von ungemein reizvoller Drolerie belebte Spiel dieser beiden Künstlerinnen boten. Und dazu gesellte sich der ganz vortrefflich herausgearbeitete Falstaff des Herrn **Volmer**. Unser neuer Bassist hat sich damit recht glücklich eingefügt. Eine martige, klangreiche Stimme verband sich mit natürlicher, wirksam charakterisierender Gewandtheit in der Darstellung, sodaß der packende Humor, den die Figur des lusternen Schlemmers ausstrahlt, sehr zufriedenstellend zur Geltung kam. Herr **Fischer** als

Muth wie Herr Meyer als Reich, der Fenton des Herrn Melzer, der wieder köstliche Spärlidh unseres vorzüglichen Herrn Haas und der ebenbürtige Doktor Casus des Herrn von Schenk — sie alle halfen in glücklicher Harmonie den Eindruck des Abends abzurunden. Als Jungfer Anna Reich debütierte Fel. Müller, die recht beachtenswerte Qualitäten für ihre Befähigung erbrachte. Unter der Befangenheit der Anfängerschaft wurde erklärlicherweise der Reiz dieser holden Mädchenblüte noch nicht völlig widergespiegelt. Die musikalische Leitung lag wieder in Herrn Pfeiffers, die Inszenierung in Herrn F. Kleub's Händen. Da braucht wohl nicht noch einmal ausdrücklich hervorgehoben zu werden, welchen Anteil sie am Gelingen dieser mit lebhafter Freude aufgenommenen Vorstellung hatten.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeträge ein:
Haus-Steinfurt, 2. Halbjahr 09 67,84 Mt. Misset (Hessen) 2. Quart. 10 7,80. Arnberg-Orpe, Jahresbeitrag 09/10 47,64. Berlin, Groß- a. Konto seiner acht Wahlkreise 20 000.—; Berlin, diverse Beiträge 309,17. Bonn, 2. Quart. 1910 40.—. Bochum-Gelsenkirchen, 2. Quart. 1910 906,74. Bern, B. L. 75.—. Cöln, Reg. W. 20.—. Graßheim, 12. württemberg. K.-W.-K., 2. Quart. 1910 14,04. Cöln-Stadt und Land, Jahresbeitrag 1909/10 800.—. Gammstadt, 2. württemberg. K.-W.-K., 2. Quart. 10 711,80. Detmold, 1. Halbjahr 10 203,48. Essenberg, Mittel. des Zentralverb. deutsch. Würtcher 5.—. Falkenberg (Oberschles.) 8.—. Gützkow, 6. mecklenb. K.-W.-K., Jahresbeitrag 1909/10 265,87. Gießen, Rest für das 2. Quart. 10 24,20. Göttinger Mitteilungsblatt, 2. Quart. 10, Wahlkreise: Grünberg-Freilicht 88,86; Saagan-Sprottau 70,82; Glogau 12.—; Lüben-Bunzlau 93,99; Löwenberg 88.—; Götting-Laubau 889,96; Rothenburg-Hoyerwerda 99,55; Summa 776,18. Hufum, 4. Schleswig-Holstein. Reichstagswahlkreis, 2. Quart. 10 49,60. Hohenjollen, Reichstagswahlkreis, Rest für 09/10 8,14. Herford-Halle, 1. Halbjahr 09/10 814,20. Hamm-Soest, 2. Quart. 10 287,70. Ingelheim-Bingen, 2. Quartal 1910 10.—. Jülich, Reichstagswahlkreis Erstein-Molsheim, 2. Quartal 1910 13,04. Lempe-Reimscheid-Mettmann,

2. Quart. 10 450.—. Landsberg-Goldin 89,80. Lübeck, 2. Quart. 10 752.—. Laupheim, 15. württembergischer Reichstagswahlkr., 2. Quart. 10 1,47. München, Gau Südbayern, 2. Quartal 1910, Wahlkreise: Michbach 112,48; Ingolstadt 83,66; Wasserburg 3,42; Weilheim 85,80; Rosenheim 176,42; Traunstein 24,60; Landsbut 21,82; Straubing 16,76; Passau 8,44; Pfarrkirchen 30,60; Deggendorf 8,18; Kehlheim 3,18; Augsburg 826.—; Donauwörth 6,26; Dillingen 1,50; Illertissen 42,64; Kaufbeuren 18,60; Immenstadt 72,46; Summa 941,82. Melle-Diepholz, 1. Halbjahr 1910 89,07; Mainz-Oppeheim, 2. Quartal 1910 302,79. Neumieb, 2. Quart. 1910 14,88. Nieder-Schöneweide, Ruhe f. sch. Weimse 5.—. Ockerleben-Halberstadt, 2. Quart. 1910 885,84. Oberlangensielau, Mitteilungsblatt, 2. Quart. 10, Wahlkreise: Waldenburg 319,65; Pirchberg-Schnau 48,77; Landeshut-Fauer 100.—; Striegau-Schweidnitz 294,30; Reichensbach-Neurode 201,96; Glas-Habelschwerdt 4,96; Summa 904,64; Plauen i. V. G. 170. Ravensburg, 17. württemb. Reichstagswahlkreis, 2. Quartal 1910 13,10. Reutlingen, 6. württembergischer Reichstagswahlkreis, 1. Halbjahr 1910 125,22. Rosenbergs-Löbau 2.—. Schwerin, 1. Halbjahr 1910 360,88. Saargemünd-Norbach, 2. Quart. 1910 7,62. Ulm, 14. württ. Reichstagswahlkr., 2. Quart. 10 174,42. Weilmorbach, 4. württ. Reichstagswahlkr., 2. Quart. 10 167,71. Weimar I. 2. Quart. 10 164,58.

Berlin, den 15. Sept. 1910.
Für den Parteivorstand: N. Gerisch, Lindenstr. 60.

Briefkasten.

F. B., Sedanstraße. Die Familienunterstützung der Ortskrankenkasse erstreckt sich nach den Satzungen nur auf solche Angehörige (Kinder, Stiefkinder und Ehefrau), die regelmäßig im Haushalt des Kassenmitgliedes leben und ausschließlich von diesem erhalten werden. Die Verhältnisse der Wahntasse, von der sie schreiben, sind uns leider nicht bekannt. Unseres Erachtens liegt der Fall so eigenartig, daß Sie wohl selbst bezahlen müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schmarh, Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Um unseren geehrten Mitgliedern auch beim Einkauf von Manufakturwaren und Hausstandsartikeln möglichst vieles bieten zu können, haben wir in letzter Zeit das Lager unserer

Spezialabgabestelle Glandorpstraße 1

bedeutend vergrößert und vermehrt und bringen wir unseren Mitgliedern diese Abgabestelle in empfehlende Erinnerung.

Von den neu aufgenommenen Artikeln empfehlen wir nachstehende ganz besonderer Beachtung:

Gardinen, in hübschen Mustern, **aufgezeichnete Handarbeit**,
Herren-Wäsche, in allen Weiten und Formen, **Krawatten, Schlüpe und Regattes**,
Regenschirme für Herren und Damen, **Kragen und Manschettentüpfel, Portemonnaies** usw.

Trotz steigender Preise für Woll- und Baumwollwaren sind wir durch rechtzeitige Einkäufe in der Lage, unseren werten Mitgliedern noch mit alten billigen Preisen zu dienen.

Auch unserer

Abteilung Hausstandsartikel

widmen wir immer mehr Sorgfalt und empfehlen wir hierin ganz besonders die von uns geführten

Emaillewaren, Petroleumkocher, Glas-, Porzellan- und Steingutwaren.

Bei eintretendem Bedarf bitten wir deshalb, stets sich unserer Spezial-Warenabgabestelle zu erinnern.

Der Vorstand.

NB. Unsern werten Mitgliedern von Schwartau, Moisling und Gutin zur gefl. Nachricht, daß wir von verschiedenen oben genannten Artikeln auch in den dortigen Warenabgabestellen gut sortiertes Lager unterhalten.

Durch Zufall diese Woche
zirka 500 Pfund
Kopf u. Bein und
Rippen Pfd. 20 Pf.

22 Fünfhausen 22.

Johann Möller.

Keine Wurstfabrik.

Billig! Billig!
Alle Sorten Äpfel
a Pfund 10 und 12 Pf.
Schönkampstraße 6 b.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811.
Marktallst. 46.
Seelachs, Rotzungen, Schellfische,
Goldbutt, Dorsch, lebende Hechte,
Kale, Kieler Pfahlmuscheln.

Achtung!

Zentralverband der Maurer!

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, dem 21. September

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Bericht vom Internationalen Arbeiterkongreß in Kopenhagen.

Referent: Genosse Stelling.

2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber müssen die Kollegen zahlreich erscheinen. Auch werden die neuen Tarife in der Versammlung ausgegeben.

Der Zweigvereinsvorstand.

Gravensteiner

2 Pfd. 35 Pfg., 10 Pfd. 1.60 Mt.,
25 Pfd. 3.75 Mt.

Nonnen

2 Pfd. 25 Pfg., 10 Pfd. 1.20 Mt.,
25 Pfd. 2.50 Mt.

Heinr. J. Uter,
Schwartauer Allee 31.

Die frisch. Blumen

Fr. Kuchrippen Pfd. 30 Pf.

M. Labrtz, Wütherrstraße 16.

Achtung Mäler!

Mitglieder - Versammlung

am 21. Septbr. 1910

abends 8 1/2 Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Werkstatteausperrung.
2. Berichtedens.
Bücher sind vorzulegen.
Die Filialverwaltung.

Waisenhof.

Sente:
Gr. Antritts-Ball.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Dazu ladet freundlichst ein
Gustav Gipp.

Hansa-Theater

„Die Sensation der Saison“.

Der
Graf von Monte Christo,

nach Alexander Dumas,
bearbeitet v. Adolf Steinman,
mit glänzenden
Dekorationen,

Kostümen und Ausstattung.
Beginn des Konzerts 8 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 1/4 Uhr.
Vorverkauf bei Sager.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 21. September. 7 1/2 Uhr.

Außer Abonnement!

Bei kleinen Preisen!

Der fidele Bauer.

Operette von Leo Fall.

Donnerstag, 22. Septbr. 7 1/2 Uhr.

Gyges und sein Ring
Tragödie von Friedr. Hebbel.
In Vorbereitung. Neu!
Die Förster-Christl, Operette.

Uns. Freund u. Koll. **K. Stüve** zu f.
30. Wiegensf. e. donn. Hoch. d. b. g.
Kollwischstr. wackelt u. d. Bücherei
a. d. Kopf z. St. kommt. N. r. m.

Durch Zufall zum 1. Okt. eine
Zweifubtenwohnung mit Küche zu
vermieten

Hellgrüner Gang 42.

Zum 1. Oktober leeres Zimmer
mit Nebengelass zu vermieten
La. Lohbera 85. Hof.

Zum 1. Oktober Dreizimmer-
wohnung Hansastraße 32, Preis
270 Mt. Näheres
Gnaelwisch 43/45. III.

Zu vermieten durch Zufall zum
1. Oktober eine Dreizimmerwoh-
nung **Georgstraße 30. I.**

Gesucht von ordentl. Leuten eine
Wohnung mit etwas Gartenland
zum Preise von 170 bis 180 Mt.
Off. u. U O an die Exp. d. Bl.

Suche Beschäftigung
im Reinmachen und Waschen.
Arminstraße 39 b. I.

Eine Schlachtereinrichtung mit
Blod und ein eiserner Ofen mit
Koch- u. Warmröhre zu verkaufen.
An der Mauer 2.

Küchbisse zu verkaufen
Kerckstraßenstraße 38.

Zu verkaufen ein gut erh. Kinder-
wagen auf Gummi. Näheres
Travellmannstraße 39. pt.

Verloren gestern ein Kinderbär,
hellbraun. Abzugeben
Rosengarten 14.

Abreisenden ausbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobli-
lien, Koffer etc. im Lagerhaus und
Speditionsgeschäft **Fischerstr. 52.**

Empfehle:

Brotwurst
Grüdwurst
Kopffleisch

sowie sämtliche Fleisch- und
Wurstwaren.

Stets frische u. schmackhafte Ware.

H. Struck

Rind- u. Schweineschlachtereier.
Wurstfabrik m. elektr. Betrieb.
Engelswisch 52, (Gde. Mischeide.)

G. Magu. von. Gierhoff. 100 Pfd.
270 Mt., gelbe Gierhoff. 100 Pfd.
4 Mt., 10 Pfd. 40 Pfg. Äpfel und
Birnen, Abnah. v. 25 Pfd. billig.
S. Gaden. Devenau 13. Fernspr. 2399.

Mark 100.—

Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung

beim Ableben meines Mannes von dem Inhaber der
Dampfbäckerei „Hansa“, Herrn **Johs. Junge** in
Lübeck, aus Anlass ständiger Brotkundschaft erhalten
zu haben, bescheinige ich hiermit.

Lübeck, den 19. September 1910.

Maria Meier, geb. Stammer,
Kleine Petersgrube 12.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. September 1910.

Der Wortführer-Stellvertreter **Heinsohn** eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Min. und macht verschiedene Eingaben der Handlungsgehilfsvereine bekannt, die sich auf Erweiterung der Sonntagsruhe beziehen.

Heise wünscht, daß diese Eingaben dem Bürgerausschuß überwiesen werden. Der Antrag wird genügend unterstützt.

A. Wape (persönlich) legt Verwahrung ein gegen einen Vorwurf des Rechtsanwalts **Fehling**, den dieser in der letzten Bürgerchaftsversammlung gegen ihn erhoben hatte in Sachen des Musikvereins und des Detailistenvereins. **Fehling** schließt sich dem an.

Schack erklärt, daß die Ausführungen des Herrn **Aug. Wape** auf Richtigkeit beruhen.

Behn glaubt, daß hier eine Fälschung vorliege. **Aug. Wape** erwidert, daß sich seine Entgegnung nur auf Herrn **Rechtsanwalt Fehling** beziehe.

Senator **Fehling** verliest verschiedene Senatsdekrete über die Reorganisation der Verwaltungsbehörden behält sich der Senat eine entsprechende Stellungnahme vor, ehe er mit einem Antrag an die Bürgerschaft herantritt.

Der erste Senatsantrag betr. den Vorschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1910/11.

Meincke findet einen Paragraphen nicht recht verständlich; vom Senat wird der Passus erläutert und hierauf der Antrag angenommen.

Der Antrag über den Erlaß eines Gesetzes, betreffend das Verwaltungsstrafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Zoll- und Reichssteuergesetze wird debattelos genehmigt.

Der nächste Antrag lautet: Nachbewilligung an die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen zur Ausgleichung ihrer Abrechnung vom Rechnungsjahre 1909.

Mühlam kritisiert die Berichterstattung der Verwaltungsbehörde, die nur einen Bericht erstattet habe, während hier die ganze Summe auch für andere Ausgaben gefordert werde. **Redner** fragt an, warum nicht alle Positionen im Bericht angeführt seien.

Senator **Fehling**: Die Sache sei lediglich den Bürgerausschußmitgliedern noch nicht mitgeteilt worden, weil dadurch eine besondere Versammlung notwendig gewesen wäre, sonst habe alles seine Richtigkeit.

Lauenstein glaubt, daß die Wassersprengwagen zu viel Wasser verpumpen und die Straßen geradezu unter Wasser setzen. Es möge das Hamburger System eingeführt werden, das das Wasser nur in Interdassen ergieße.

Der nächste Antrag betrifft den Ankauf eines dem Maurermeister **Wilhelm Stender** gehörigen, südlich des Grundstückes des Allgemeinen Krankenhauses belegenen Areal.

Lauenstein hat nichts gegen den Antrag einzuwenden, stellt aber die Anfrage an den Senat, ob die Ablösung der Reallasten in Aussicht stehe. Der Senat sollte bald mit einem Entwurf an die Bürgerschaft heranreten, der für die Interessenten vorteilhaft sei.

Senator **Fehling** kann keinen Zusammenhang der Ausführungen **Lauensteins** mit dem Senatsantrag sehen. Eine Auskunft, wann ein solcher Antrag vorgelegt werden könne, kann er nicht geben.

Fehling: Es ist nur auffallend, daß in einer hiesigen Zeitung Ausführungen über das Ablösungsgesetz veröffentlicht wurden. Damit ist eine Indiskretion begangen worden; denn die Verhandlungen mit der Landwirtschaftskammer sind doch geheim gewesen.

Der Antrag wird angenommen.

Debattelos angenommen werden folgende beiden Anträge: Verkauf eines Areals aus den an der **Wakenitzstraße** belegenen Ländereien der **Irrenanstalt** und Rückzahlung eines Vorschusses von 29000 Mark für den Bau eines Schulhauses zwischen **Stems** und **Dänischburg**.

Zur wiederholten Beratung steht der Senatsantrag betreffend Aufhebung der Lehrerinnenbildungsanstalt und Errichtung eines vierklassigen **Volkschullehrerinnenseminars**.

Senator **Ruhlenka** gibt die nochmalige Stellung und wiederholte Beratung des Senates zum Antrag bekannt. Das Bedürfnis einer Reorganisation sei wiederholt zum Ausdruck gekommen; es müsse etwas Neues an Stelle des Alten gesetzt werden. Die Grundzüge, die gegen die Verweiblichung des Lehrerinnenseminars in der Bürgerschaft hervorgehoben wurden, könne der Senat nicht anerkennen. Es soll sich auch nicht etwa um einen Versuch handeln, sondern um einen praktischen Fortschritt. Es handle sich auch nicht um die Verweiblichung der Schule überhaupt; der Strömung, dem Weibchen einen größeren Einfluß einzuräumen, müsse Rechnung getragen werden. Davon aber, daß die Verweiblichung in der Schule der Anfang zu weiteren Schritten in dieser Beziehung bilde, könne keine Rede sein. Die Kostenfrage käme nur in Betracht, wenn ein neues Gebäude errichtet werden müsse. Im Höchstfalle würden die Kosten 78000 Mk. betragen; verzichte man auf eine eigene Turnhalle, verringerten sich diese auf 62000 Mk. Weitere Gesichtspunkte werde die heutige Verhandlung nicht zeitigen. **Redner** hofft, daß sich die frühere Minderheit in eine Mehrheit verwandeln werde.

Dr. Gilbert: Als Schulmann, als Staatsbürger und als Mensch bin ich der Ansicht, daß die wesentlichen Gesichtspunkte in der Jubiläumsversammlung sehr gut hervorgehoben wurden. Aus sozialen Gründen bin ich dafür, daß den hiesigen Bürgern Gelegenheit gegeben wird, ihre Töchter Lehrerinnen werden zu lassen. **Volkschullehrerinnen** können ja auch in Privatstellen ihr besseres Fortkommen finden; schließlich ist's auch für die Lehrerinnen keinen Schaden, wenn sie bald nach Absolvierung ihres Bildungsgangs sich verheiraten. Die Bildung wird auch dann für sie von Vorteil sein. Eine Verbindung des Seminars an der Ernestinenschule mit der Volkschullehrerinnen-Bildungsanstalt ist ausgeschlossen, denn die erstere Anstalt wird sich doch in Wäldern zu einer höheren Studienanstalt umwandeln müssen. Die Verbindung ist schon aus pädagogischen Gründen unmöglich. Die Frage, ob Frauen organisieren können, muß ich aus der Praxis heraus glatt bejahen. Es erfordert die Hochachtung jedes Mannes, wie die hiesigen höheren Privatmädchenschulen ihren großen Anforderungen gerecht wurden. Die Zurutung aber, daß sich ein Beamter des Staates unter die Leitung einer Direktorin stellen soll, muß ich jedoch ebenso schroff zurückweisen, wie ich das gute Zusammenarbeiten von Oberlehrern und Oberlehrerinnen an Privatanstalten bejahen muß. In einer Privatanstalt ist das wesentlich anders. Da unterstehen beide einem Direktor. Denken kann ich mir eher eine Anstalt von nur weiblichen Lehrkräften, wie der Antrag des Senats ursprünglich gelaute hat. Der jetzige Antrag ist eine Verschlechterung gegen den früheren. Durch den Antrag **Fehling** wird doch nicht erreicht, was man will. Ein einziger Lehrer wird sich niemals einen Einfluß gegenüber der Direktorin und den Oberlehrerinnen verschaffen können. Ein wirklicher Mann unterstellt sich nicht einer Frau; es ist gegen den heiligen Geist des Lebensgefühls, die Verstandesgefühle des Mannes einer Frau unterzuordnen. Wir werden keine Männer finden, die sich dies gefallen lassen. Die Frauenbewegung wünscht auch keine Männer, die allzu weiblich denken, sie will keine solchen, die nur im Schatten der Frauenbewegung herlaufen. Die Lehrer und Oberlehrer wollen die weibliche Leitung mit wenigen Ausnahmen nicht, selbst die hiesigen Lehrerinnen wollen sie zu vier Fünfteln nicht; sie arbeiten lieber unter einer männlichen Direktion. Die schleswig-holsteinischen Oberlehrer sprachen sich gleichfalls dagegen aus. Die wichtigste Aufgabe der Erziehung ist die staatsbürgerliche, also die, die zu einem festen Staatsbewußtsein führt; wer soll diese wichtige Aufgabe erfüllen: der erfahrene Mann oder die unverheiratete Frau, die doch nicht im entferntesten so am Staatsleben interessiert ist, wie der Mann. Ich halte es für sozial ungerecht, wenn die leitenden Stellen im Staate an unverheiratete Frauen vergeben werden. Der Mann trägt die Last zu Hause, der Mann erfüllt die Kriegspflicht, ihm müssen deshalb auch die leitenden Stellen vorbehalten bleiben. Die Oberlehrer müssen sich jetzt Vorwürfe gefallen lassen von den rabiaten Frauenrechtlerinnen. Wir müssen gegen den äußeren und inneren Feind kämpfen und dazu sind Männer nötig. In der Zukunft kann es ja einmal anders kommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: wird es auch!) Das Pferd soll man aber nicht beim Schwanz aufzäumen. Die wirtschaftliche Berechtigung der Frau erkenne ich voll an; dieses aber, was

wir zu entscheiden haben, ist keine wirtschaftliche, sondern eine politische Frage. (Zuruf v. d. Sez.: Sehr richtig!) Die wahre Achtung vor dem Weibchen drängte mich zu meinen Ausführungen. Es sind wackere Kämpferinnen, die modernen Frauenrechtlerinnen. Ganz im Hintergrunde sehe ich aber etwas, von dem ich nicht weiß, ob es Heer oder Herde heißt. Der größte Teil der Frauen steht der Frauenbewegung fern, und lehnt sie zum Teil ab. Sogar die Partei der äußersten Linken als Korporation für die Vertretung des deutschen Arbeiters anerkennen kann, ebensowenig erkenne ich die heutige Frauenbewegung als die alleinige Vertretung der Frauenbewegung an. Mit einigen phantastischen Redewendungen über vermeintliche Helden des deutschen Volkes, die von **Bismarck** zu **Goethe** und von **Goethe** bis zu dem römischen Geschichtsschreiber **Lactantius** führen, lehnt der **Redner** die Vorlage ab.

Mantau stellt den Antrag auf Kommissionsberatung. Der Senat sagt allerdings, es handle sich um keine prinzipielle Frage; dem kann ich mich absolut nicht anschließen. Bewilligen Sie heute die weibliche Leitung, wird die Anstalt gewiß gut gehen; dann wird aber bald der Antrag kommen, die weibliche Leitung auch an anderen Schulen einzuführen. Mit der Übungsschule wird es dann genau derselbe Fall sein. Die Lehrer, die sich unter weibliche Leitung stellen, würden nicht die besten sein. Ich wende mich nur einmal gegen die Verweiblichung des Lehrkörpers. Die Mädchen, die unter rein weiblicher Leitung stehen, werden später nicht in der Lage sein, ihre Knaben richtig zu erziehen. Maßvolle Frauenrechtsbestrebungen unterlasse ich. Freilich werde ich nie dafür zu haben sein, der Frau das Stimmrecht zu bewilligen (Zuruf v. d. Sez.: Hört, hört!); auch nicht dafür, daß die Frau in der Rechtsprechung zu Worte kommt. Der Herr Schulrat hat sein Stenogramm sehr sorgfältig durchgesehen. In andern Bundesstaaten ist an Lehrern Überproduktion; einen Gefallen erweisen wir niemandem, wenn wir ihm nach vier Jahren Studienzzeit keine Stellung bieten können. Wir müssen uns nach der Decke strecken und uns mit einem einfachen Seminar begnügen. Zwar wird uns die Kostenfrage immer schmackhafter gemacht, doch sind diese Forderungen alle unverbindlich; gerade deshalb muß für Kommissionsberatung gestimmt werden.

Schulrat **Prof. Dr. Waghram** stellt die Bedürfnisfrage in den Vordergrund und führt die Zahl der jährlich angestellten Lehrerinnen an; es werden jährlich 12-13 Lehrerinnen angestellt, und diese Zahl spricht schon für die Errichtung der Anstalt. Heben wir die Anstalt auf, haben wir allerdings noch für drei Jahre Lehrerinnen, aber dann müssen wir sie aus Preußen beziehen; bedenken Sie jedoch, daß die Lehrerinnen hier eine Hilfslehrerinnenzeit von dreizehn Jahren durchzumachen haben, während diese in Preußen nur vier Jahre beträgt, so wird es schwer halten, Lehrkräfte heranzuziehen; wir möchten sie denn gleich fest anstellen.

Hauptlehrer Reimpell gesteht zu, die Gründe zu verstehen, die die Oberschulbehörde zu der Vorlage drängten; das Urteil **Waghrams** kann er aber nicht in allem billigen. Die Damen haben stets nach auswärtiger Stellung gefunden, was dafür spricht, daß die Ausbildung so schlecht nicht gewesen ist. Die in Aussicht genommene Einrichtung entspricht nicht den Umständen, die anderwärts gelten. Wir brauchen auch nicht als Kleinstaat alles nachzumachen, was Preußen vormacht. Die Leitung in Volks- und Mittelschulen unter Frauen zu stellen, kann ich absolut nicht billigen. Wir sollten eher den männlichen Einfluß in der Schule verstärken. Wir brauchen ein Geschlecht, das stark ist an Kraft, Mut und Energie, um den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden; ob wir das beim starken Eindringen des weiblichen Teils in der Schule können, ist noch eine Frage. In Deutschland sind die Damen in den letzten Jahren in staunend großer Zahl als Lehrerinnen eingestellt worden. Die Lehrerin ist den hohen Anforderungen der Schule auf die Dauer nicht gewachsen. Sie ist 10 Jahre früher pensionsbedürftig als der Lehrer. Die Frau kann das Studium nicht vertragen, ohne als Fortpflanzungsweibchen zu degenerieren. Wenn Sie eine Million Frauen einstellen als Direktorinnen, Handlungsgehilfinnen usw., dann haben sie auf der andern Seite eine Million Männer, die nach **Prof. Waghram** schreiben. Das Gehirn des Mannes ist entschieden eines größeren Zentrums fähig als das der Frau; man kann doch nur intelligente Frauen mit ebensolchen Männern vergleichen, nicht eine intelligente Frau

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von **Friedrich Gerstäcker**.

97. Fortsetzung.

„Einmal brauch ich Dich in **Buttenzorg** — Du weißt schon weshalb“, sagte **Lochhaart** mit einem verstoßenen Blick auf seine Schwester, „und dann — möcht' ich Dich auch des Herrn **Joost** wegen in **Batavia** haben — aber ich erkläre Dir das alles unterwegs.“

„Aber die Damen?“ sagte van **Straat** und sah erstaunt zu seinem Schwager und dann zu **Hedwig** auf.

„Die wird **Wagenaar** begleiten“, erwiderte **Lochhaart**, „er tut mir das schon zu Gefallen.“

Wagner verbeugte sich leicht und lächelnd. Von **Straatens** Blick fuhr aber blitzschnell von **Hedwig** hinüber nach ihm, und dann wieder zurück zu dem jungen Mädchen und leise und vergnügt vor sich hinstehend, rieb er sich die Hände und sagte dann, dem einen **Malagen** winkend:

„Gib mir einmal den Kaffeeput herüber, mein Junge; alle Wetter, wo hat denn **Soltersdrop** seine Spieldose, daß er noch nicht einmal den Jungferntanz oder So leben wir, so leben wir, losgelassen hat!“

„Nicht wahr, **Myrheer**?“ rief der arme Teufel von **Wirt**, der indessen hinten im Saal beschäftigt gewesen war, eine zerbrochene Fensterscheibe wieder einzusetzen. Dabei überwachte er seine **Malagen** und kam nur jetzt, als er seine Spieldose erwähnen hörte, vorn an den Tisch. „**Myrheer** **Lochhaart** hat den Schlüssel eingesteckt und ihn noch nicht zurückgegeben.“

„Alle Wetter“, lachte **Lochhaart**, indem er nach seiner Westentasche griff — „das hab' ich heilig vergessen! — Er muß in der Weste stecken, die ich gestern anhatte. — Nun, **Soltersdrop**, sobald wir gefrühstückt und die Pferde vor dem Wagen haben, sollt Ihr den Schlüssel wieder bekommen, und dann könnt Ihr die unglückliche Maschine vierundzwanzig Stunden nacheinander laufen lassen.“

„Dann begleitet uns also **Myrheer** **Wagenaar** nach **Trompsdoelt**?“ sagte **Mevrouw von Straat**, indem sie freundlich nach dem jungen Mann hinüber sah — „auch schon;

in dem Fall kann ich meinen Alten recht gut entbehren, und **Hedwig** und ich werden uns schon mit ihm vertragen.“

Es war ein paar mal, als ob **Salomon Goldbreit** seine Dienste nochmals anbieten wollte, und er öffnete auch schon in der Tat ein- oder zweimal dazu den Mund, war aber doch vielleicht zu stolz, sich noch einmal abweisen zu lassen. Außerdem gefiel ihm auch **Herr Wagner's** Gesellschaft nicht. Wäre van **Straat** der einzige Begleiter gewesen, so hätte er sich doch vielleicht faum abhalten lassen, die interessante Tour in die nächsten Tees- und Kaffeeplantagen mitzumachen, aber so —

Das Frühstück war beendet. **Lochhaart** hatte Gelegenheit gefunden, ein paar Worte leise mit van **Straat** zu wechseln, der, ohne eine einzige Silbe dabei zu sagen, nur seine Hand gegen **Wagner** ausstreckte und dessen Rechte dert und herzlich drückte. — Draußen fuhr ein Wagen vor. Es war der, welcher die Damen und **Wagner** in die Berge führen sollte.

„Also an **Mitsche** soll ich mich wenden, wenn ich in die Stadt komme?“ sagte **Lochhaart** zu dem jungen Mann, während die Damen in ihre Stube gegangen waren, um die nötige Reisetoilette zu machen.

„Vertrauen Sie ihm in jeder Hinsicht“, erwiderte **Wagner**. „Er kann Ihnen auch über alles, was Sie brauchen, die beste Auskunft geben.“

„Das Nötigste wird doch sein, daß wir Heften gleich verhaften lassen.“

„Das allerdings; aber trotzdem möchte ich Sie bitten, vorher in unserem Geschäft vorzufahren und meinem Kompanion wie **Herr Mitsche** nur die Mitteilung zu machen. Möglich, daß indessen manches vorgefallen ist, was Ihnen nützlich sein könnte.“

„Gut, ich muß ja doch dort vorbei — aber da sind die Damen, **Wagenaar**, ich glaube, Sie haben heut das große Los gewonnen und ich — bedauere vielleicht heut zum ersten mal, daß ich — nicht dreißig Jahre jünger bin. Aber nun auch fort, denn wir dürfen keine Zeit weiter verlieren. Ich habe eben zum **Residenten** hintergeheißelt und anfragen lassen, ob **Herr Joost** mit seinem Gefangenen bereit zur Abfahrt sei. — Bis der Bote zurück ist, hab' ich anspannen lassen. Haben Sie nichts von — von dem Jungen gehört?“

Wagenaar — ich möchte doch nicht, daß wir irgend etwas —

„Ich habe mich selber heute morgen nach ihm erkundigt. Sie kommen leider zeitig genug nach **Buttenzorg**, denn seine Unmäßigkeit im Essen und Trinken hat ihm ein Fieber zugezogen, das ihn wahrscheinlich für ein paar Tage an sein Lager fesseln wird. Keinenfalls ist er in dieser Zeit zu transportieren, und der **Resident** ließ Sie bitten, bei ihm vorzufahren, um den Bericht gleich selber mit nach **Buttenzorg** zu nehmen.“

„Gut, gut“, sagte der alte Mann und nickte leise — „vielleicht ist es besser so, denn jedenfalls haben wir jetzt Zeit, Schritte zu seinen Gunsten zu tun, ehe ihn die Strafe der Gesehe trifft. Das Schlimmste muß doch verhütet werden. — Aber ich sehe, die Damen steigen schon ein, allons, **Wagenaar**, auf Ihren Platz!“ Ende der Woche sehen wir uns ja doch wieder in **Batavia**, und bis dahin — tausend Glück und Segen!“

Die beiden Männer drückten sich die Hand, und das gewöhnliche Gewirr beim Einsteigen einer Gesellschaft, mit Hinaufreichen von Gehörten und Regenschirmen etc., nahm zunächst alles andere in Anspruch. Van **Straat** war aber schon in sein Zimmer gegangen, sich auch zur Abreise vorzubereiten, da er ja nicht wieder nach **Bandong** zurückkam. **Lochhaart** stand an der Tür und sah den **Wagenaar** nach, und **Salomon Goldbreit**, der ihnen beim Einsteigen behilflich gewesen, lehrte jetzt langsam und nachdenklich zum Hotel zurück.

Lochhaart verharrete noch immer in seiner Stellung, und auch der **Missionar** schien in tiefen Gedanken, so daß die beiden Männer eine ganze Weile schweigend nebeneinander standen. Der Geistliche sammelte sich aber zu erst wieder. Er hatte etwas auf dem Herzen, aber das er mit dem alten **Herrn** sprechen wollte, und es war fast, als ob er einen gewaltsamen Anlauf dazu nehmen müsse.

„Sehr werter Herr“, sagte er. **Lochhaart** drehte sich rasch nach ihm um, und sah sich mit der Hand über das Gesicht und sagte ruhig:

„Ah, **Myrheer**, **Seidenherber**! Sie sind also nicht mit hinauf in die Berge gefahren?“

mit einem weniger geschulten Manne, und dieser Vergleich spricht für die Befähigung der Direktorin durch einen Mann. Redner stellt sich auf den Boden der Resolution des Lehrervereins, nach der männliche und weibliche Lehrkräfte in gleicher Zahl angestellt werden sollen. Die Zukunft wird noch dazu führen, daß auch das Lehrerinnenseminar auf sechs Klassen erweitert wird. Die Frage sollte nochmals geprüft werden, ob nicht das Lehrerinnenseminar mit einer hier bestehenden Anstalt vereinigt werden könnte, dann haben wir auch die Gewähr, daß ein Mann die Leitung erhält. Die Verbindung mit dem Lehrerseminar kann ich nicht von der Hand weisen. Eine Differenzierung im Unterricht kann deshalb doch eintreten. Abgesehen sollte ein Mittelweg im Bildungsgang gefunden werden müssen, denn der Lehrplan erfordert doch Gleichmäßigkeit. Dem sehr großen Lehrkörper der Ernestinenschule sollte das Seminar abgenommen werden. Ein Staat von 100 000 Einwohnern kann sich nicht zwei Lehrerinnenseminare leisten. Die von meinem Kollegen Schulmerich vor zwei Monaten angeregte organische Verbindung des gesamten Mädchenschulwesens ist sehr gut möglich und das allein Richtige. Ein Abgang der überflüssigen Lehrerinnen nach Preußen ist bei der Überfüllung des Lehrerbienstandes dort nicht gut möglich. Der jährliche Abgang von 7 Lehrerinnen ist sehr groß; wir haben also allen Grund, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen, denn es sind noch vierzig Lehrerinnen (Handarbeits- und Turnlehrerinnen) vorhanden, die auf Anstellung warten. Kommissionsberatung ist dringend notwendig; wird diese abgelehnt, stimme ich gegen den gesamten Antrag.

D i r i n g: Die Bedürfnisfrage wurde früher nicht mit einem glatten Nein beantwortet; und heute spielt sie die größte Rolle. Für den Staat ist die Bedürfnisfrage zur Errichtung eines Lehrerinnenseminars wünschenswert; bei der Bürgerschaft entspricht die Errichtung der Billigkeit. Bei den höheren Schulen leistet der Staat 483 000 Mk. für Bildungs- und Erziehungs Zwecke des männlichen Geschlechts. Für das weibliche Geschlecht beträgt der Zuschuß ganze 849 Mark. Das macht für das männliche Geschlecht pro Kopf über 100 Mk., für das weibliche nur 50 Pfg. aus; deshalb ist es gerecht, wenn wir für das weibliche Geschlecht etwas mehr tun. In der Bevölkerung besteht der lebhafteste Wunsch nach Ausbildung als Lehrerinnen, denn der Andrang ist so groß, daß im letzten Jahre 18 abgewiesen werden mußten. Aus sozialen Gründen bitte ich den Antrag zuzustimmen, die Errichtung eines vierklassigen Lehrerinnenseminars in die Wege zu leiten. Wenn für die höheren Schichten so viel getan wird, muß auch für die Mittelschichten etwas geleistet werden. Die Rede des Herrn D. Gilbert war im ersten Teil sehr gut, aber der zweite Teil, in dem er die Logik des Verstandes unter die Logik des Gefühls stellte, hat sie die Stellung: schwach, schwächer, am schwächsten; die Berufung des Herrn Dr. Gilbert auf den heiligen Geist und das Vaterland beweist das. Der Redner beruft sich in seinen weiteren Ausführungen auf amtliches Material, das er als Beweis für die Folgerichtigkeit der weiblichen Leitung anführte. Es gehört ein ganzer Mann dazu, der sich als Lehrer unter weiblicher Leitung stellt und nicht minderwertige Lehrkräfte, wie hervorgehoben wurde. Unsere Mütter sind wohl fast alle unter weiblicher Leitung herangewachsen, unter einer Erziehung, die sie in einer Privatlehranstalt mit Lehrerinnen erhielten. Herr Dr. Gilbert hat ja selbst hervorgehoben, daß er mit hoher Achtung neben weiblichen Lehrkräften gearbeitet habe; er betonte, diese vollwertig anzuerkennen. Der Schlußfolgerung aber geht Dr. Gilbert aus dem Wege. Goethe und Tacitus, wie sie Herr Dr. Gilbert anführte, hatten keine Ahnung von dem wirtschaftlichen Umschwung, der in den letzten Jahrhunderten vor sich ging; heute sind Millionen Frauen gezwungen, gegen geringen Lohn zu arbeiten und Entbehrungen zu ertragen. (Zuruf b. d. Soz.: Sehr richtig!) Wenn man diesen das Recht auf Arbeit zugestehet, dann muß man auch dem andern Teil gerecht werden. Tacitus und Goethe spielen in dieser Frage keine Rolle; will man die politische Seite der Vorlage hervorheben, muß man sie auch modern beleuchten; Bismarck würde sich nicht im Grabe umdrehen, wie Herr Dr. Gilbert behauptete, wenn er die Vorlage des Senats und die Beratung in der Bürgerschaft hören könnte. Die Frau soll eine solche Ausbildung bekommen, daß sie im wirtschaftlichen Kampfe konkurrieren kann. Unsere heutige Jugend wird kräftiger sein als die vergangene, weil die Sportübung mehr gepflegt wird und die Tüchtigkeit der Frau eine größere und bedeutendere ist. Früher wurden nur die schwächlichen Töchter als Lehrerinnen

ausgebildet, das ist heute nicht mehr der Fall. Der wirtschaftliche Ernst schreitet über Schlagwörter weg, die nach Arbeit für den Mann schreien, wenn der Frau neue Stellen eingeräumt werden. Lehnen Sie die Kommissionsberatung ab, das Ei des Kolumbus werden Sie dabei doch nicht entdecken. Der Errichtung müssen Sie zustimmen. Aus Hochachtung vor der weiblichen Leitung in Privatlehranstalten, wie sie Herr Dr. Gilbert anführte, stimmen Sie der Vorlage zu.

Schulrat Prof. Dr. W y g r a m betont, daß in Frankreich in 88 Lehrerinnenseminaren nur Direktorinnen angestellt sind; auch in den andern Ländern finden Sie fast ausnahmslos Direktorinnen. Meine 27jährige Erfahrung sagt, daß unter Frauen ganz hervorragende Organisationskräfte vorhanden sind. Auch in geschäftlichen Stellen sind solche aufzuzählen. Das große Geschäftshaus Bon marche in Paris z. B. steht unter weiblicher Leitung und weist ganz großartige Erfolge auf. Für zwangsweise Unterstellung eines Oberlehrers unter die Direktion einer Frau bin ich nie zu haben, denn man muß auch der Übung der Männer gerecht werden. Redner vergleicht die Angstgefühle des Herrn Dr. Gilbert über die Anstellung einer Direktorin mit den Furchtausdrücken bei der Eröffnung der ersten Eisenbahn. Tacitus sagt anders aus von den Frauen als Dr. Gilbert; damals mußten die deutschen Frauen mit den Sklaven auf dem Felde arbeiten und wurden zum Teil ohne Gewissenszwang von ihren Herren verpflegt. Denken Sie auch an die zwei Millionen deutscher Frauen, die bei den Hexenprozessen auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurden. (Lachen und Lacht.) Das ist nicht zum Lachen, lesen Sie einmal die grauenhaften Hexenprozesse durch, es ist eine sehr ernste Sache. Denken Sie ferner an die unzähligen Prostituierten. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Ich halte es für eine Ungerechtigkeitsfrage, wenn eine gleichgebildete Frau vor einem gleichgebildeten Mann zurücktreten muß, nur weil sie eine Frau ist. Ich bitte von einer Kommissionsberatung abzusehen, Neues wird nicht hervorgebracht. Die Ernestinenschule kann auf keinen Fall an das Lehrerinnenseminar angegliedert werden. Das in Hamburg gemachte Experiment können wir nicht wiederholen. Wir müssen zum Schluß kommen, die heutigen Zustände sind unhaltbar.

S c h i e m a n n: Alle Bedenken werden fortgeräumt durch die langen Debatten. Neues ist uns nicht entgegengebracht worden. Hier steht nicht das Frauenproblem zur Beratung, sondern die Errichtung des Lehrerinnenseminars. Politische Erwägungen dürfen nicht eingreifen. Neben der Logik des Verstandes steht die Logik des Instinkts, und diese ist richtiger als die Logik des Verstandes, wie Herr Dr. Gilbert anführte. Die hervorgehobenen Zitate sind Kinder der Zeit, Einfluß auf ernste Männer dürfen sie nicht haben. Heute sind die Reden von der Frauenverarmung am Sonntag repetiert worden. Der Senat hat kein Recht, diese Vorlage zum zweitenmal einzubringen. Diese Frage muß prinzipiell erörtert werden. Der Senat wünscht noch einmal eine Abstimmung über bereits entschiedene Fragen. Der Senat kann auf diese Art so oft eine Vorlage an die Bürgerschaft bringen als er es wünscht. Solcher Mißbrauch ist nicht angebracht. Die Bürgerschaft ist gleichberechtigter Gesetzgebungsfaktor, und ihre Beschlüsse dürfen nicht umgestoßen werden, weil 20 Herren nicht anwesend waren. Das ist gegen die Versaffung und gegen das Gefühl. Will die Bürgerschaft ihre Stellung wahren, dann muß sie genau so verfahren wie sie es vor zwei Monaten getan hat: den § 1 annehmen und den § 2 ablehnen. Das soziale Moment ist j. Zt. nicht vernachlässigt worden, wie man heute glauben machen will. Wollen wir die Frauenfrage anschnelden, brauchen wir nochmals 80 Stunden.

Senator F e h l i n g: Der Senat kann sich nicht das Recht nehmen lassen, eine abgelehnte Vorlage so oft wieder einzubringen, wie er es im Interesse des Staates für notwendig hält. Der Senat hat auch nichts dagegen, wenn Initiativanträge aus der Bürgerschaft mehrmals wiederholt werden. Der Gebrauch des Senates entspricht der Praxis und Erfahrung von 60 Jahren.

S t e l l i n g: Den Ausführungen des Senatskommissars kann ich mich im Gegensatz zu meinem Vorredner Schiemann nur anschließen. Allerdings bleibt die Frage offen, ob die Vorlage nicht erst den Bürgerausschuß hätte passieren müssen, denn der Antrag hat gegen früher eine Abänderung dahin erfahren, daß ein Seminarlehrer angestellt werden soll. Die Ausführungen des Herrn Senatskommissars haben mich überzeugt, daß die Annahme der Senatsvorlage trotz offenkundiger Verschlechterung dringend notwendig ist. Trotz der

Abänderung stimmen wir dafür, weil wir glauben, damit einen kleinen Schritt nach vorwärts getan zu haben. Herr Schiemann sagte, hier stehe keine Frauenfrage, sondern der Senatsantrag zur Verhandlung. Herr Schiemann irrt; denn die Senatsvorlage ist nichts anderes als ein Stück Frauenfrage, ein Stück Frauenbewegung, die gelöst werden soll. Herr Mantau hat die Bedürfnisfrage angeschnitten, über die auch eingehend verhandelt wurde; ich kann mir ein Eingehen darauf eripieren. In der Hauptsache wandte man sich gegen die Stellung der Lehrer unter die Leitung eines Fräulein Direktor; es ist daselbst gesagt worden, was wir in den beiden Sitzungen schon hätten. Was Dr. Gilbert anführte, ist eigentlich nicht wert, debattiert zu werden. Ich gehe nicht auf das Gebiet, das Düring anführte. Mein Verstand, wie der Instinkt und auch das Gefühl sagt mir nicht, wie der Leiter eines höheren Mädchenschulwesens einen derartigen reaktionären Standpunkt vertreten kann. Gilbert hat sich wohl gefühlt als Lehrer unter weiblicher Leitung an Privatschulen und behauptet im selben Zuge, ein junger Mann, der sich unter die Gewalt einer Direktorin stelle, sei sittlich nicht einwandfrei. Ich kann wirklich nicht begreifen, daß ein Mann, der denselben Bildungsgang durchgemacht hat, eine Sache so herunterreißen kann. Für mich ist die Tüchtigkeit maßgebend, das Bestreben, kollektial zu arbeiten, ganz gleich, ob es sich um Männer oder Frauen handelt. Der Zug der Zeit führt dahin, und Sie werden ihn nicht aufhalten. Sie sprachen von Ruhe; es ist aber recht häufig dringend notwendig, aus dieser Ruhe, die in Phlegma ausartet, herauszukommen, damit frisches Blut herein kommt. Das wird hiermit nicht zum wenigsten erreicht, trotz des Protestes des Lehrervereins, über den ich mich gewundert habe. Ich habe den Eindruck gewonnen, als ob bei Herrn Dr. Gilbert der Mensch erst beim Leutnant anfängt; bei uns fängt der Mensch an, wenn er Werte schafft, da gilt er für uns als vollgültiger Staatsbürger und Mensch. Daß die Gegner der Frauenbewegung sich auf soziale Momente berufen, muß mich wundernehmen. Die Frauenbewegung ist ein notwendiges Produkt unserer heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Wer zwingt die Frau, erwerbstätig zu sein, wer verurteilt es, daß Frauen und Kinder arbeiten müssen? Das ist der Machtfaktor, der maßgebend im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist: Der Kapitalismus. Wenn die Frauen ausgeschaltet werden sollen, müssen Sie auch das Grundübel ausschalten; aber der Entwicklungsprozess muß durchgemacht werden; das ist der Standpunkt meiner Partei. Weil nun die Frau drin steht im wirtschaftlichen Leben, müssen ihre auch die Bahnen geebnet werden, die zum gleichen Ziele führen, das der Mann erreichen kann. Man hält sich darüber auf, daß die Frau ins wirtschaftliche Leben hineingreifen muß. In Königsberg wurde vom stillen Wirken der Frau im Hause und in der Familie gesprochen. Es sind aber doch auch hochstehende weibliche Persönlichkeiten Chefs von Regimentern. Wenn man einerseits auf dem Standpunkt steht, die Frau müsse in der Familie wirken, dann muß man auch andererseits dafür sorgen, daß nicht derartige Sachen vorkommen. Der Frauenbewegung muß Rechnung getragen werden, es wäre ungerecht, wenn man ihr die Wege verschließen wollte. Herr Gilbert sagte ferner, es wäre sozial ungerecht, wenn man den Frauen die Stelle überlasse. Ich betone, Dr. Gilbert hält den Bürgerkrieg nicht für eine Farce. Dann muß er aber auch dafür eintreten, daß, soweit die Frauen in Frage kommen, diesen das kommunale Wahlrecht gegeben wird. Alle Männer können nicht aktiv am Staatsleben teilnehmen, weil Sie ein Klassenwahlrecht geschaffen haben. Hier kann Dr. Gilbert seinen Instinkt in den Dienst der Sache stellen; damit alle Männer im Staate und an der Verwaltung teilnehmen können. Die Oberlehrer sollen des weiteren ein Votum sein gegen den äußeren und inneren Feind. Das ist nichts anderes als eine Redensart. Von dem äußeren Feind zu reden ist unangebracht in einer Zeit, wo bei den meisten Völkern das Bestreben vorherrschend ist, die Kriege einzuschränken; eine solche Handlungsweise ist nicht patriotisch. Den inneren Feind kennen Sie ja alle. Trotz der Bekämpfung durch die Herren Oberlehrer nimmt der innere Feind mehr und mehr zu. Schimpfen und arbeiten Sie in dieser Weise recht kräftig gegen uns, wir werden nur Vorteil davon haben. Dem Herrn, der diese Äußerung getan hat, hängt der Popf hinten. Nicht der heilige Geist des Lebens, sondern der dumpfe Geist des Mittelalters umschleicht Herrn Dr. Gilbert. Die Uhr der Zeit läßt sich nicht zurückstellen, das Bestreben, den Frauen mehr Rechte einzuräumen, ist als berechtigt vor verschiedenen Seiten anerkannt worden. Ich gebe dem Wünsche Ausdruck, daß sich heute alle liberalen Kreise vereinigen, wenn es sich darum handelt, mit dem Zuge der Zeit vorwärts zu gehen und daß wir nicht wieder das Schauspiel erleben wie vor wenigen Wochen, daß durch die Schuld der liberalen Herren die Vorlage abgelehnt wird. Von Berlin ist doch nicht wieder die Antwort eingetroffen, daß man, wenn es sich um Frauenrechte handelt, eine ebensolche Ausnahme machen kann wie bei der Wahlrechtsfrage. Herr Gilbert hat den „Knoten des Damokles“ durchschnitten, als er sagte, die Frauenbewegung gelte ihm nicht als die Vertretung der Frauen, ebensowenig wie die äußerste Linke die Vertretung der Arbeiter sei. Die Zahlen und Tatsachen reden ja etwas anderes. Die 3/4 Millionen sozialdemokratischer Wähler sind freilich nicht alle in der Partei organisiert, wenn es aber nottut, werden sie sich frei zu uns betonen. Genau so ist das Verhältnis, wenn die Vertretung der Frauen in Frage kommt.

Der Wortführer bittet den Redner sich einzuschränken.

S t e l l i n g: Ich habe die Redezeit nicht mehr in Anspruch genommen als andere; es ist zweckmäßig, wenn alle sich ansprechen. — Es ist etwas Hohes, wenn den Frauen Gelegenheit gegeben wird, sich auszubilden und die Lehrtätigkeit auszuüben. Die Lehrerin soll keine mütterlichen Gefühle haben; ich bin freilich gegenteiliger Meinung. Wir werden, soweit es sich um die Vorlage handelt, dieser unsere Zustimmung geben, weil wir der Meinung sind, daß sie eine dringende Notwendigkeit ist. Hier im Rathaus hängt ein Gemälde, anscheinend eine Szene aus dem Mittelalter: es ist da zu erkennen, daß an einer Rathausitzung die Wittistin teilnimmt. Ob sie das Stimmrecht besitzt, weiß man freilich nicht, aber sie ist wenigstens anwesend gewesen. Ein Zeichen also, daß man im Mittelalter freihändlerisch dachte, als heute. Tragen Sie in dieser Weise dem Zuge der Zeit Rechnung, nehmen Sie die Senatsvorlage an. Die Kommissionsberatung sowohl wie der Gilbertsche Antrag muß abgelehnt werden. Der letzte Antrag wäre ein Begräbnis 6. Klasse. Aus angeborener Bescheidenheit werden Sie dem Senat diesen Schmerz nicht antun.

Prof. Dr. M ä l l e r: Mit Zitaten können Sie beweisen, daß eine Sache weiß ist, und daß eine Sache schwarz ist. Darüber, daß die Anstalt aufgehoben werden soll, ist sich alles einig; es handelt sich darum, ob ein andres an die Stelle gesetzt werden muß. Große Gite haben wir mit der Neuerrichtung nicht, weil wir ja noch eine Anzahl geprüfter Lehrerinnen haben, die auf Anstellung warten. Unterschätzen Sie den Gesichtspunkt nicht, daß der Wortführer der Lehrerinnen klein ist, die sich verheiraten oder gar nur die Absicht haben, wegen andern Zweckmäßigkeitsgründen das Examen zu bestehen. Eine überproportionale ist dazu geschaffen, dann ist auch die Frage, ob das

„Warum spotten Sie immer über meinen Beruf, Herr Lochhaart?“ erwiderte ihm Holzerbreit mit freundlichem Vorwurf. „Ich lege doch niemand etwas in den Weg und habe, wie Sie mir selber als Christ gar nicht ableugnen können, ein gutes und edles Ziel vor Augen, ob ich das nun erreiche oder nicht. Sie sind auch außerdem gar nicht so schlimm, wie Sie sich machen, und von Herzen ein guter und edler Mensch — weshalb also immer diesen Spott gegen die Religion, der Ihnen nicht von Herzen kommen kann?“

„Hoho“, lachte Lochhaart, „jeht wollen Sie mich mit Schmeicheleien fördern, aber damit richten Sie nichts aus. Ebenfalls leugne ich Ihnen, daß ich gegen die Religion spotte — ich möchte das nicht einmal gegen die chinesische tun, viel weniger gegen die christliche.“

„Also glauben Sie doch —“

„Bitte, bemühen Sie sich nicht“, sagte der alte Mann; „mein Glaubensbekenntnis ist sehr einfach: Ich glaube an einen Gott und an gar keinen Geistlichen.“

„Lassen wir das“, sagte der Missionär ausweichend — „ich bin nicht nach Java gekommen, Sie zu bekehren, sondern das Heil —“

„Noch verstockteren Menschen zu bringen“, lachte Lochhaart.

„Vielleicht ja — gegenwärtig aber möchte ich mit Ihnen einmal nicht über Religion, sondern über etwas Anderes, Weltliches sprechen — obgleich es unserem heiligen Beruf auch nicht fernsteht.“

„Und das wäre?“ sagte Lochhaart gespannt.

Holzerbreit zögerte noch einen Augenblick, aber der Wagen fuhr bereits vor und er hatte nicht mehr viel Zeit — Lochhaart sah auch schon ungeduldig nach ihm hinüber, und der Wirt kam mit einer halben Verbeugung schmunzelnd an des alten Herrn Seite und flüsterte ihm zu:

„Vergessen Sie den Schlüssel nicht, Myrheer —“

„Ihren Schlüssel — ja so — ich habe ihn eben noch gesehen. Er liegt drin in meiner Stube unter dem Spiegel. Laß nur die Sachen schon hinuntertragen, Lohewitz; ich bin gleich draußen. Hast Du unsere Rechnung abgemacht?“

„Alles in Ordnung.“

„Gut — also, Myrheer Holzerbreit, ein wenig rasch, wenn ich bitten darf — was wollen Sie mir denn noch sagen?“

„Da ich mit der Zeit so gedrängt werde, muß ich mich in der Tat kurz fassen“, sagte der Geistliche — „nur das als Einleitung, daß ich zu meinen Lebensbedürfnissen keineswegs allein auf mein Einkommen als Geistlicher und meine Diäten angewiesen bin. Ich habe ein, wenn auch

nicht großes, doch recht nettes Vermögen von Haus aus, das —“

„Aber was, um Gottes willen, geht denn das mich an?“

„Das sollen Sie gleich erfahren.“

„Bist Du fertig, Martijn?“

„Den Augenblick — also?“

„Ich habe im Sinn, mich hier ganz auf der Insel niederzulassen, um Sitten und Sprache recht aus dem Fundament zu lernen, nur um dann meinen Beruf mit soviel mehr Erfolg obliegen zu können. Das Wirtshausleben ist dazu einestheils nicht gut geeignet, andernteils zu teuer, und —“

„Aber was um alles in der Welt schiert denn das mich?“

„Ich will deshalb heiraten“, fuhr Holzerbreit, also gedrängt fort — „und verlange dazu nicht allein Ihren Rat, sondern auch Ihr Fürwort.“

„Mein Fürwort?“ fragte Lochhaart und ein eigentümliches Lächeln zuckte ihm durch das gesuchte Antlitz und blieb um seine Lippen haften.

„Ja“, sagte aber der Missionär; „meine Wahr sief auch nicht etwa über meinen Stand, sondern eher darunter, aber ich glaube, daß die junge Person meiner würdig ist und ich keinen Fehlgriff getan habe.“

„Und —“

„Ich meine unsere Reisegefährtin, Ramsell Bernold“, sagte Holzerbreit, „die jetzt gezwungen ist, ihr Brot als Gesellschaftlerin —“

„Gehen Sie doch zum Teufel!“ unterbrach ihn nun aber auf etwas rauhe und plötzliche Weise der alte Herr und war mit zwei Sägen die Treppe hinab und unten beim Wagen.

Salomon Holzerbreit stand wie vom Schläge gerührt; aus dem Saal aber tönten in diesem Augenblick die härtesten Laute von Freut Euch des Lebens! triumphierend herüber, und schienen seiner nur noch mehr zu spotten.

„Vormärts, Kutscher, vorwärts!“ rief der alte Herr. — „da geht die verfluchte Dubelei schon wieder los!“ Und mit einem Hurra und gellenden Schrei, der einer Indianerhorde Ehre gemacht hätte, sprangen die umstehenden Malaien auf die erschreckt zusammenfahrenden Pferde ein. Der Kutscher behielt kaum Zeit, die Zügel zusammen zu raffen, denn im nächsten Moment rissen die Tiere schon den Wagen mit einem so plötzlichen Anruck nach vorn, daß die Stränge klagen, und Staub und Kies wirbelten hinter den Rädern drein, als das flüchtige Fuhrwerk im nächsten Moment hinter einer dichten, selbstgeschaffenen Wolke verschwand war.

(Fortsetzung folgt.)

geplante System in unseren Rahmen paßt; das erfordert alles kommissarische Prüfung. Redner bespricht schultechnische Einzelheiten und betont, daß eine Verbindung mit der Ernestinschule oder des Lehrerseminars mit dem Lehrerinnenseminar ausgeschlossen sei. Ein Lehrerinnenseminar, in dem nur weibliche Lehrkräfte tätig sind, kann ich mir sehr wohl denken, aber jetzt schon der Einrichtung zuzustimmen, trage ich Bedenken. Ob die weibliche Leitung der männlichen grundsätzlich vorzuziehen ist, kann ich nicht behaupten; Herr Dr. Wychgram ist allerdings anderer Ansicht. Oberlehrerinnen haben wir eine große Anzahl, aber diese haben die Prüfung nach den früheren Bedingungen gemacht. Die heutigen Prüfungen für Oberlehrer sind strenger, und wenn man dieselbe Anforderungen stellt, müssen auch dieselben Bedingungen erfüllt werden. Die deutschen Oberlehrer wenden sich aufs höchste gegen die Anstellung von weiblichen Schulleitungen; das ist für mich ein Grund, weshalb ich mich gegen die Anstellung wende. Es wird uns dann nicht möglich sein, männlichen Lehrersatz heranzuziehen. Man darf nicht mit den Beispielen anderer Länder kommen, denn der Bildungsgang des deutschen Volksschullehrers ist ein weit höherer als in den angezogenen Ländern. Persönliche oder gesellschaftliche Beziehungen zwingen mich nicht zu meiner Stellung, die mich zur Ablehnung des Senatsantrags treibt; es handelt sich für uns, daß wir die Neueinrichtung so treffen, wie es für den länderlichen Staat von Nutzen ist. Ohne Kommissionsberatung ist die Annahme unmöglich.

Prof. Dr. Wychgram wendet sich dagegen, daß die alte Anstalt jetzt eingehen solle, um dann erst an die Neugründung heranzugehen. Es wären dann vier Jahre nötig, um Lehrpersonal zu bekommen. Der Redner spricht gegen die von Prof. Müller angeführten speziellen Schulfragen und Prüfungsverhältnisse in Preußen. Von den Privatlehranstalten in Preußen sind drei, die das Recht der Entlassungsprüfung haben, und diese stehen unter rein weiblicher Leitung, während die andern elf dies Recht nicht besitzen, und diese elf Anstalten sind männlicher Aufficht unterstellt. Einen Oberlehrer wollen wir garnicht haben, sondern einen Seminarlehrer, und diesen werden wir sofort bekommen. Ein Angebot besitze ich bereits von einem hervorragenden Mann. Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und tun Sie, was Ihnen die Oberschulbehörde empfiehlt. In 169 deutschen Städten sitzen Frauen in der Schulbehörde.

Der Wortführer schlägt Vertagung vor. Dem wird widersprochen. Eine ganze Anzahl Redner ist noch vorgemerkt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Aug. Bape hält es nicht für möglich, daß der Vorsitzende in diesem Moment sagen kann, die Mehrheit sei für Schluß.

Der Antrag Mantau auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

In der Einzelberatung spricht Hauptlehrer Reimpell zu Ziffer 1 und empfiehlt die Verbindung des Lehrerinnenseminars mit dem Lehrerseminar. Eine sachliche Kommissionsberatung hätte sicher Ersprießliches geschaffen. Redner beantragt den § 1 an eine Kommission zu verweisen.

Die Kommissionsberatung über Ziffer 1 wird abgelehnt. Schiemann stellt zu Ziffer 2 einen Antrag und beruft sich auf seine früheren Ausführungen und auf das sachmännliche Urteil des Herrn Prof. Dr. Müller, das zu seinen Gunsten spreche.

Prof. Dr. Wychgram sagt, daß der Oberlehrerinnenverein in Preußen beschlossen hätte, keine Lehrerin nach Lübeck gehen zu lassen, wenn ein Direktor angestellt werde.

Der Antrag Schiemann, der männliche Lehrkräfte vorzieht, wird abgelehnt.

Mantau beantragt namentliche Abstimmung. Aug. Bape: Mir ist es unmöglich gemacht worden, zu dem Antrag zu sprechen, ich muß deshalb gegen die Senatsvorlage stimmen.

Schorer bedauert ebenfalls, daß vom Senatstische die freie Aussprache beschränkt werde.

Landrichter Meyer ist es unverständlich, wie man aus sachlichen Gründen für die Vorlage sein könne, aber doch gegen diese Stimme.

Dr. Gilbert stellt den Antrag, einen Direktor und eine Oberlehrerin anzustellen.

Dühring beantragt hierzu namentliche Abstimmung, die abgelehnt wird.

Der Antrag Gilbert wird abgelehnt.

Aber den Senatsantrag erfolgt auf Antrag Mantau namentliche Abstimmung. Diese ergibt 38 Stimmen für und 48 gegen die Vorlage, die hiermit zum zweitenmal abgelehnt wird.

Der Senat erklärt, an der Fortsetzung der Beratung kein Interesse mehr zu haben.

Die Sitzung wird auf kommenden Montag vertagt. Schluß 1/2 12 Uhr.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

1. Verhandlungstag.

Magdeburg, den 19. Sept. 1910.

Vorsitzender Diez eröffnet den Parteitag kurz nach 9 Uhr.

Glückwunschtelegramme an den Parteitag sind eingegangen von Berlin (Arbeiter der Bergmanns-Elektrizitätswerke, Malen, Mainz, Tura und Bremen (Jugendvereinigungen), von den Freiern Gernern vom Feldberg, von Mainz, von der französischen Sozialdemokratie, von einer Wahlrechtsdemonstration mit 20000 Teilnehmern in Amsterdam und von den ausländischen Gruppen der russischen Sozialdemokratie.

Vorsitzender Diez heißt sodann die auswärtigen Gäste herzlich willkommen, vor allem unsern alten Parteiveteranen Julius Bahleisch als Vertreter der amerikanischen Sozialdemokratie, ferner außer den bereits gestern genannten Schramm für Deutsch-Osterreich, Löwegren für Schweden und Wieck für Finnland.

Das Wort zu den Begrüßungsansprachen nimmt zuerst Schramm für Osterreich, der dem Parteitag den besten Erfolg wünscht. Mit Liebe und Anerkennung folgen die österreichischen Genossen Euren Kämpfen und Siegen. Wie wir, so seid auch Ihr durch Kampf groß und mächtig geworden. Ihr habt ein gewaltiges Kämpferheer, Millionen von Gewerkschaftlern, starke Parteioorganisationen, eine treffliche weitverbreitete Parteipresse, ein Heer von Vertrauensmännern, das jederzeit bereit ist, alles für unsere große Sache zu tun, für unser Freiheitsideal zu kämpfen. Mit diesen Waffen werdet Ihr gegen die unerhörte Gewalttätigkeit der Herrschenden die Rechte des Volkes zum Siege führen und wir bringen Euch den Glückwunsch zu Euren künftigen Siegen. (Lebh. Beifall.)

Schramm: Frag für die tschechoslavische Sozialdemokratie: Nicht bloß Gründe der internationalen Gerechtigkeit führen uns schon seit Jahren zu Ihren Kongressen, sondern wir erblicken in Ihnen unsere Vorbilder, die Hochschule der Sozialdemokratie. Fragen Sie die tschechischen Proletarier,

welche Persönlichkeit der Internationale ihnen am liebsten und teuersten ist, so werden Sie in 99 von 100 Fällen als Antwort hören: August Bebel. In einem Lande wie Osterreich müssen für die Sozialdemokratie viele Schwierigkeiten und Sorgen entstehen, wenn wir jetzt unter dem gleichen Wahlrecht sich alles neu gestalten will, wenn Jahrhunderte lang unterdrückte Völker um ihre notwendigsten Lebensbedürfnisse kämpfen müssen. Gerade in diesem notwendigen Kampfe liegen für die Sozialdemokratie große Gefahren und große Verlockungen. Aber wir sind nicht dem nationalen Chauvinismus verfallen, wir kennen unsere Pflicht, den kleinbürgerlichen „nationalen“ Radikalismus mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Wir sind eine Proletarierpartei, eine Klassenpartei, eine internationale Partei und werden es bleiben. Darum konnte uns kein größerer Schmerz widerfahren, als daß unsere proletarischen Ansichten verkannt und unsere prinzipielle sozialistische Zuverlässigkeit bezweifelt wurde. Lassen Sie mich im Anschluß an die Kopenhagener Verhandlungen Ihnen, deutsche Genossen, noch einmal versichern, daß uns in Osterreich nur eine verschiedene Beurteilung praktischer Bedürfnisse trennt und daß bei gutem Willen, der uns sicher nicht fehlen wird, die Streitigkeiten bei uns so sicher überwunden werden wie bei Ihnen selbst. Glauben Sie uns unseren guten Willen zum Internationalismus und vergehen Sie mir, daß ich geglaubt habe, diese Erklärung und diese Bitte hier vortragen zu sollen.

Stauning-Kopenhagen überbringt als Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie dem Kongress die besten Grüße und Wünsche. Die dänische Partei hat mit lebhaftem Interesse Eure Kämpfe und Verfolgungen, aber auch Eure Triumphe verfolgt. Wir sind stolz darauf, daß wir vor 27 Jahren unter dem Sozialistengesetz dem Parteitag in Kopenhagen ein Asyl bieten konnten. (Beifall.) Wiederum in Kopenhagen haben wir vor einigen Wochen gesehen, wie tapfer und wirksam die deutsche Sozialdemokratie für die Internationale der Arbeit kämpft. Unsern Dank dafür zu erklaren sind wir hier und grüßen Euch! (Lebhafte Beifall.)

Loopuit-Amsterdam: Auch in unserem kleinen Lande stehen wir Sozialdemokraten in einem schweren Kampfe. Bei uns herrscht eine kleine Oligarchie, die sich „Christen“ nennen, aber nur eingeseifte Reaktionen sind. Und unsere Liberalen sind kein Haar besser. Schwarz ist der Regierungsbloed und schwarz unser ganzes politisches Leben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Deutschland geht in der Welt ja voran — durch den Sozialismus. (Sehr gut!) Wir folgen schon lange Euren Beispiel, Eurer prinzipiellsten Taktik. Wir wissen, daß Ihr vor schwereren Entscheidungen steht, aber wir wissen auch, daß Ihr kräftig, ruhig, gefestigt genug seid, auch die schwersten Entscheidungen zu treffen, ohne die proletarische Einigkeit auch nur im geringsten zu schädigen. Denn hoch über uns steht die Sache des kämpfenden Proletariats! Vorwärts! (Lebh. Beifall.)

Reirhard (mit lebhaftem Beifall empfangen) spricht außer einigen einleitenden Worten englisch; seine Rede wird von Ledebour übersetzt: Ich komme als offizieller Vertreter der englischen Labour Party zu Euch, um Euch im Namen der englischen Klassenbewußten Proletarier die Friedensbotschaft zu bringen. Die englische Arbeiterpartei ist eine proletarische Bewegung, die ausschließlich aus Sozialisten und Gewerkschaftlern besteht, sie umfaßt zurzeit 150000 Mitglieder und hat 40 Vertreter im Unterhaus. Sie kommt zu Euch wie der jüngste Sohn aus einer großen Familie, der Ehrfurchtsvoll seinen großen Vater grüßt. Alle großen Namen der Sozialdemokratie sind deutsch: Karl Marx, Lassalle, Engels, W. Liebknecht und Bebel sind die führenden Köpfe der Internationale überhaupt. Schon darum wollen wir noch engere brüderliche Beziehungen als bisher zwischen den deutschen und den englischen Genossen herstellen, deren vereinte Macht stark genug ist, alle Drednoughts der Welt lahmszulegen. Wir werden demnächst eine Deputation aus unserer Mitte nach Deutschland senden, um den Friedenswunsch der englischen Arbeiter zu verkünden und hoffen, bald auch eine gleiche Vertretung in gleicher Absicht von Deutschland bei uns zu sehen. Wir haben uns in England stets jeder Vermehrung der Secaristungen widersetzt. Wir haben stets das Seebeuterecht, diese legalisierte Secaräuberi, aufs nachdrücklichste bekämpft. Wir haben die Reuktion der Rüstungen im Hinblick auf ihre endgültige Beseitigung gefordert. Wir werden diese Propaganda unermüdlich fortsetzen und werden im wachsenden Maße die englischen Arbeiter dafür gewinnen. Durch das Taff-Wale-Urteil von einst und das Osborne-Urteil von jetzt hat man versucht, die Arbeiterorganisationen entweder in gewerkschaftlicher oder in politischer Hinsicht lahmszulegen. Aber diese nichtswürdigen Anschläge werden nur den Geist der Rebellion in der englischen Arbeiterpartei wecken und die Streiks werden immer wilder ausbrechen, der sozialistische Geist mächtige Fortschritte machen. Und so nehmen Sie meine brüderlichen Grüße entgegen zum gedeihlichen Verlauf Ihrer Verhandlungen. (Lebh. Beifall.)

Julius Bahleisch (stürmisch begrüßt): Sie werden von mir eine lange Rede weder erwarten noch wünschen. (Heiterkeit.) Die Teilnahme der ausländischen Gäste an den Verhandlungen der nationalen Parteitage ist ja nur eine Form, wenn auch eine schöne Form, da sie den Geist internationaler Brüderlichkeit widerspiegelt. Die Hauptfrage ist, daß dieser Geist auch wirklich in uns lebt und waltet. (Beifall.) Wir in Amerika haben Euch helfen können, als das Geseh gegen die gemeinnützigen Bestrebungen der Sozialdemokratie Euch bedrückte. (Zurufe: „Gemeingefährlichen“ Bestrebungen!) Ich weiß ganz genau, was ich sage. (Sehr gut!) Jetzt habt Ihr uns schon oft in Amerika helfen können. Ich will keine lange Schilderung der gegenwärtigen amerikanischen Zustände geben — Ihr habt genug Sachverständige in Euren eigenen Reihen. Langsam, viel zu langsam geht es vorwärts, aber wir marschieren. Die nationalen und wirtschaftlichen Vorurteile gegen den Sozialismus schwinden immer mehr. Man hat darauf verzichtet, eine einheitliche, zentralisierte englisch sprechende Sozialdemokratie festzuhalten und endlich auf dem letzten Parteitag den Sprachengruppen eine gewisse Selbstständigkeit gegeben; das wird auch der deutschen sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten zugute kommen. Jedenfalls kann niemand mehr wie früher unser Landsmann Karl Schurz sagen, daß in dem herrlichen freien Amerika der Sozialismus eine fremde Pflanze sei. Im Gegenteil spielt er jetzt eine mächtige Rolle im Geistesleben der Ver. Staaten und die ökonomische Entwicklung treibt unaufhaltsam auf ihn hin. Wir hoffen, daß wir recht bald im internationalen Sozialismus eine hervorragende Rolle spielen werden, einstweilen aber blicken wir als unser Vorbild auf Deutschland hin, und darum ist unser herzlichster Wunsch und unser sehnsüchtiges Verlangen, daß die Einheit der großen deutschen Partei unangefastet bleibe, wie bisher. Möge sie uns auch in Zukunft so groß, so vorbildlich erscheinen, wie sie uns bisher erschienen ist. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Diez dankt den Vertretern der Bruderparteien und erteilt zum ersten Punkt der Tagesordnung Geschäftsbericht des Parteivorstandes das Wort dem Referenten Pfannkuch: Ich will mich im Anschluß an den gedruckten Bericht auf das Wichtigste beschränken: Man hat nach dem Leipziger Parteitag Klage darüber erhoben, daß die Anträge der Parteigenossen etwas

fürmarisch dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen worden. Aber diese Überweisung stellt kein Begründnis dar, sondern wird die Grundlage für sorgfältige Beratungen. Schon die Tagesordnung des Parteitag beweist das im Punkte Genossenschaftswesen, das wir dem Wunsche gemäß hier zur Verhandlung stellen. Ingegen hat die gesamte Parteileitung abgelehnt, die Steuerfrage nochmals erörtern zu lassen. Wir haben in diesem und im nächsten Jahre Wichtiges zu tun. Zudem ist jetzt das Handbuch der Reichsfinanzreform erschienen, das eine treffliche Grundlage für das Studium und die Debatte der Steuerfragen bildet. Dem „Vorwärts“ ein Abendblatt beizufügen, erschien nach sorgfältigster Beratung auch den Berliner Genossen selber undurchführbar. Der Wunsch nach einem neuen Adressenverzeichnis wurde durch das vorhandene literarische Material als erfüllt erklärt. Eine eigene literarische Abteilung im Anschluß an den Parteivorstand soll zunächst für das Rheinland besonders zum Kampf gegen das Zentrum errichtet werden. Die Eröffnung zum 1. Januar ließ sich leider nicht durchführen, aber es handelt sich nur noch um eine Frage der Zeit. Zur Reichsversicherungsbildung haben wir ein Sachverständigenkommission und einen engeren Ausschuss eingeseht, die sehr gut und erfolgreich gearbeitet haben. Für die Durchführung des Schnapsbottens haben wir eifrig Arbeit geleistet und eine weitgehende Einschränkung des Schnapskonsums zum Schaden der Schnapsbrenner durchgeseht. Aber wir konnten uns nicht dazu drängen lassen, die Abstimmungsfrage zur Parteifrage zu machen. (Sehr wahr!) Wir können die Frage nur als Erziehungsfrage ansehen und demgemäß nach Kräften für Aufklärung sorgen. In dieser Weise haben wir geglaubt, die früheren Parteitagbeschlüsse und Anregungen am besten auszuführen. (Beifall.) Was unsere regelmäßige Arbeit in Agitation und Organisation angeht, so stehen wir jetzt mit 881 Wahlkreisen in innigem Konnex. Nur zu zwei Kreisen haben wir noch keine organisatorischen Beziehungen und werden sie auch wohl so bald nicht bekommen. Die Zahl der organisierten Genossen ist auf 720000 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 87000, wobei die Frauen mit 20000 beteiligt sind. Organisiert sind in Elsaß-Lothringen 4,84 Proz. der Reichstagswähler, in Hamburg III 38,29 Proz. Zwischen diesen beiden Grenzen finden sich alle Abstufungen von Organisationsgraden. So erfreulich unsere Fortschritte auch sind, so zeigen diese Zahlen doch, wieviel uns zu tun noch übrig bleibt. Wir, deren Ziel die Beteiligung des Privatigentums an den Produktionsmitteln ist, müssen die Mehrheit der Wähler in der Mehrheit der Kreise organisiert haben, wenn wir unsern Steges sicher sein wollen. (Beifall.) Die Jugendorganisation macht sehr gute Fortschritte. Wir haben in 360 Orten Jugendausschüsse, in 814 Orten Bildungsausschüsse, in 109 Orten Kinderbeschutzkommissionen. Mit den Organisationen sind wir bei allen wichtigen Angelegenheiten in Verbindung getreten durch Konferenzen der Bezirksleiter usw. Mit einmütiger Zustimmung dieser Konferenzen haben wir für dieses Jahr auf die Abhaltung einer Frauentagung verzichtet; in weiteren Konferenzen die Organisationsfragen für Jugendliche, Winenschiffer und Landarbeiter erörtert. Für die Jugendlichen und ihre Eltern haben wir eine halbe Million Flugblätter herausgegeben. In der allgemeinen Agitation haben wir 29828 Mitgliederveranstaltungen und 13814 öffentliche Versammlungen abgehalten. Das zeigt, in wie hohem Maße die Sozialdemokratie Trägerin des öffentlichen Lebens ist. Flugblätter haben wir 23 Millionen hinausgeworfen, dazu kommen 2 1/2 Millionen Broschüren und Agitationskalender. Da kann natürlich der Reichsverband mit seinen Subskripten nicht mitkommen, zumal er nicht weiß, wie er sie verbreiten soll. Die Agitation des letzten Jahres war ausgefüllt durch den Wahlrechtskampf und die Wahlen. Bei den Landtagswahlen haben wir in Baden 20 Mandate, in Sachsen 25 Mandate trotz des elenden Pluralwahlrechts erobert. Insgesamt hat sich im letzten Jahre die Zahl unserer Landtagsmandate von 140 auf 186 in 19 Bundesstaaten erhöht. Bei den 14 Reichstagswahlen verloren die bürgerlichen Parteien 49800 Stimmen, während wir 26337 Stimmen gewannen. Von unseren 8 neuen Mandaten haben wir eines slegreich behauptet, eines, das wir 1907 verloren haben, zurückerobert und 6 neue gewonnen. Die ungeheuerliche Finanzreform, die maßlose Steuerung, der Übermut der agrarischen Kaffgier, die Verlegung jeder freiheitlichen Wahlreform in Preußen, all das hat eine für uns sehr günstige Situation geschaffen, die wir voll ausnützen müssen. Im nächsten Geschäftsjahre müssen wir alle Vorbereitungen treffen, um bei den kommenden Reichstagswahlen die politische und wirtschaftliche Lage zu unserem Besten zu gesicherter Grundlage. Sie ist unser festes Bollwerk und unsere gefürchtetste Waffe im proletarischen Befreiungskampf. (Beifall.) Nur 14 von unseren 76 Zeitungen bedürfen noch materielle Beihilfe, und zwar natürlich die in den noch am wenigsten erschlossenen Gebieten. Die „Neue Welt“ ist durch Beigabe aktueller Bilder ausgebaut, der „Süddeutsche Postillon“ mangelt es ausreichenden Bedürfnisses aufgegeben worden, die „Neue Zeit“ in einer billigen Vereinsausgabe hergestellt worden, eine gern benutzte Blindenliteratur eingeführt worden. Die Parteikorrespondenz wird nur unentgeltlich und unter Verantwortung der Organisationen geliefert. Dem Pressebureau wendet der Parteivorstand fortgesetzt seine größte Aufmerksamkeit zu. Bildungsausschüsse haben wir 187, die im letzten Jahre für Bildungszwecke eine halbe Million ausgegeben haben. Die Vortragstournee der vom Zentralbildungsausschuss ausgesandten vier Wanderredner sind in diesem Jahre von 24000 Personen statt von 8900 im Vorjahre besucht worden. Das zeigt, wie außerordentlich stark das Bildungsbedürfnis der Arbeiter ist und wie sie dafür die größten Opfer bringen. Die Parteischule hat bisher 117 Schüler ausgebildet, die eifrig für die Partei tätig sind. So hat die Partei fleißig gearbeitet und geht mit guten Hoffnungen dem kommenden Wahlkampf entgegen. Bund der Landwirte, Ganfabund und Zentralverband Deutscher Industrieller sind durch unsere Erfolge aufgeschreckt und werden Mißanstrengungen machen. Ihre Kassen sind gefüllt und was durch die Macht des Geldjacks an Korruption in Deutschland geleistet werden kann, das wird bei den nächsten Wahlen geleistet werden. Aber auch unsere Kassen werden gefüllt sein, wenn es notwendig ist. Und vor allem haben wir vor unseren Feinden den tüchtigen Idealismus voraus, der unsere Mittel in die zehnte Potenz erhebt, so daß unsere Gegner gar nicht mitkommen können. (Lebhafte Beifall.) Vorwärts sind dem Parteivorstand wegen seines Verhaltens im Wahlrechtskampfe gemacht worden, weil er nicht das neue Kampfmittel des Massenstreiks angewandt hätte, weil er die Wahlrechtsbewegung habe verlaufen lassen und die revolutionäre Energie der Massen nicht in das richtige Bett geleitet habe. Man hat dem Parteivorstand sogar nachgeredet, daß er die Erörterung der Frage des Massenstreiks in der Presse und in den Versammlungen verboten habe. Um jeder Legendenbildung die Spitze abzubrechen, erkläre ich auch hier, daß der Parteivorstand niemals eine solche Anweisung gegeben hat. Im übrigen bin ich fest davon überzeugt, daß diese Manrufe gegen den Parteivorstand, der die Situation nicht beherrscht, keinen rechten Widerhall gefunden haben. Wir haben auch hier im vollen Einverständnis mit den Bezirksleitern gehandelt und

plaudern hier wie stets das Wohl der Partei gefördert zu haben. (Beifall.)

Den Bericht des Parteivorstandes zu Kaffe und Presse erstattet Ebert. Er hebt hervor, daß zum ersten Male Gen. Gerisch durch Krankheit verhindert ist, seinen Kasseebericht selbst vorzutragen, und spricht namens des Parteitag die besten Wünsche für seine Wiederherstellung aus. (Beif. Beifall.) Der vorjährige Kasseebericht war außerordentlich günstig. Das kann man vom diesjährigen Abschluß nicht sagen. Die Einnahmen aus der Nordischen Wasserfante und K. Z. sind um 74 000 Mk. gefallen, die Spannung des Darlehensfonds von 85 000 auf 100 000 Mk. gestiegen. Gegenüber den Verdächtigungen unserer Gegner stelle ich hier nochmals fest, daß nur Parteiorganisationen für besondere Zwecke und Parteiunternehmungen für ihre Erweiterung aus diesem Fonds Zuwendungen erhalten. Zur Beunruhigung bietet auch der diesjährige Kasseebericht nicht den mindesten Anlaß; selbstverständlich schwanken stets mit der politischen Situation die Kasseeverhältnisse der Partei, wenn wir auch bei der wachsenden Intensität des politischen Kampfes dauernd mit wachsenden Ausgaben rechnen müssen. Ihre Beiträge haben jetzt 835 Wahlkreise an den Parteivorstand abgeliefert. Das ist ein großer Fortschritt gegen früher. Trotzdem bedecken die Einnahmen der Partei aus den Mitgliederbeiträgen noch nicht einmal die Hälfte der Ausgaben der Partei, wir bitten daher, alle Kreise und Parteiunternehmungen, möglichst mehr als die Mindestbeiträge an die Parteikasse abzuführen. Auch die Kasseeführung der einzelnen Wahlvereine und die Berichterstattung darüber hat sich sehr gebessert. Insgesamt haben 840 Kreise berichtet, die 3 852 852 Mk. eingenommen haben, davon 2 265 000 Mk. aus den Beiträgen der männlichen Mitglieder, 98 000 Mk. aus denen der weiblichen, 675 000 Mk. aus außerordentlichen Einnahmen. Ausgegeben wurden 2 476 022 Mk., davon 53 000 Mk. für Gemeindevahlen, 129 000 Mk. für Landtagswahlen, 52 000 Mk. für Reichstagswahlen, 687 000 Mk. für allgemeine Agitationen und Bildungs-zwecke, 86 000 Mk. für Straßen und Kosten ufm. Der Kasseebestand in diesen 340 Wahlvereinen beträgt 489 048 Mk. Dazu kommen noch 112 000 Mk. in den Landes- und Bezirkskassen. Ebenso kurz kann ich mich über die Parteipresse fassen. Die wirtschaftliche Krise hatte der Parteipresse schweren Schaden zugefügt. Wir gewannen im Jahre 1908 nur 11 582 Abonnenten, verloren im Jahre 1909 sogar 19 791 Abonnenten. Dagegen sind wir im Jahre 1910 von 104 149 auf 1 160 016 gewachsen, die Parteipresse hat also um 118 518 Abonnenten zugenommen. Das Hauptverdienst daran hat die rastlose und mühevollste Arbeit der Parteiorganisationen. Wenn weiter alle Genossen ihre Schulpflicht tun, können wir mit frohem Mut und ruhigem Sinn den kommenden Kämpfen entgegengehen. Dann werden wir nicht nur die nächsten Reichstagswahlen siegreich bestehen, sondern darüber hinaus die Zukunft des Proletariats und seinen Vormarsch zu dem großen Ziele sichern. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Kaden: Er berichtet über verschiedene Beschwerdefälle, die von der Kontrollkommission erledigt wurden. Genosse Reinhold Seidel in Schweidnitz wurde von dem Ausschlußantrag freigesprochen; desgleichen Genosse Adolf Stasch-Weiskau. Gegen wurde Paul Fiedler in Berlin wegen Verleumdung und Denunziation von Parteigenossen in der freireligiösen Gemeinde ausgeschlossen. Mit Nachwirkungen des Falles Kollmagen-Gottschling hatte sich die Kontrollkommission erneut zu beschäftigen. Ein Ausschlußantrag gegen den früheren Lagerhalter Knöfeler in Götting wurde trotz starker Verdachtsgründe abgelehnt. Die gegen die Genossen Gewehr erhobenen Beschuldigungen haben sich als gänzlich ungerechtfertigt erwiesen. Genosse Schröder in Briesch und die Brateler Lokalfisten wurden wegen anarcho-sozialistischer Sonderhändel aus der Partei ausgeschlossen. Auf dem letzten badischen Parteitag hat Genosse Süßkind dem Genossen Adolf Geß vorgeworfen, daß er seine Stellung als Mitglied der Kontrollkommission benutzte, um die badische Parteigenossenschaft zu schädigen. Die Kontrollkommission erachtet diesen Vorwurf für gänzlich unbegründet, sieht aber davon ab, den Brief Geß als Beschwerde weiter zu verfolgen.

Es folgt die Debatte über den Bericht und die Anträge zur Agitation und Organisation.

Süßkind-Mannheim bittet, die Parteitagungsverhandlungen nicht durch persönliche Zänkereien präjudizieren zu lassen. Er wolle im Plenum auf die kleinlichen Anpassungen Geß nicht zurückkommen, sondern befürworte den Antrag, die ganze Angelegenheit an die Beschwerdekommision zu verweisen.

Adolf Geß-Offenburg bittet den Antrag abzulehnen. Wenn Süßkind die Angelegenheit kleinlich findet, so hätte er nicht erst den Vorwurf öffentlich auf dem badischen Parteitag erheben sollen. (Beifall.) Oder er hätte damals sofort die Beweise vorbringen sollen, die er jetzt durch Vermittelung einer Kommission anträgt. Als langjähriges Mitglied der Kontrollkommission erscheint mir sein Vorwurf ganz ungeheuerlich und ich verlange, daß er öffentlich sein Beweismaterial vorbringt.

Walter Döschl begründet den Antrag, das Statut dahin abzuändern, daß die Wahlkreise das Recht erhalten sollen, inaktive Mitglieder mit einem geringen Beitrag, von dem Prozente an die Zentralkasse nicht abgeführt werden sollen, in ihrer Mitgliedschaft zu erhalten.

Dittmann-Solingen begründet den Antrag, bei einer Revision des Organisationsstatuts den Schluß des Geschäftsjahres auf den 1. April festzulegen. Dann könnten die Berichte sorgfältiger angefertigt und vor allem der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion schon den Parteiverfammlungen unterbreitet werden.

Frl. Gemehr-Barmen begründet den Antrag, das Frauenbureau dem Parteivorstand einzuliefern. Dadurch würde manche unrichtige Diskussion innerhalb der Frauenbewegung vermieden werden.

Kleger (Köln) begründet den Antrag, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission gemeinsam erwägen möge, ob es nicht angebracht sei, in Zukunft die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Jugendlichen zusammen zu setzen. Die Jugendlichen fühlten sich jetzt, wo sie nur ein Drittel der Mitglieder stellen, allzusehr eingeengt.

Zreu-Nürnberg wendet sich gegen die Verlegung des Geschäftsjahres und gegen eine neue Sonderbestimmung für die Invaliden. Der Antrag Barmen müsse selbstverständlich erscheinen.

Ulrich (Frankfurt a. M.) befürwortet den 1. April als Jahresabschluss und hält die Beitragsbefreiung der Invaliden für eine Ehrenpflicht der Partei.

Hylke (Leipzig) wendet sich gegen die Verlegung des Geschäftsjahres. Leipzig-Land mit 35 000 Mitgliedern und 58 Ortsvereinen habe seinen Bericht rechtzeitig fertigstellen können. Der 1. April sei schon wegen der Bauarbeiten und des großen Umzuges ein ungünstiger Termin für den Kasseebericht. Die Beitragsbefreiung der Invaliden künde schon jetzt in der Nacht der Kreisvereine.

Die Kampf (Düsseldorf) schließt sich dem Vorschlag an, die Mitglieder des Frauenbureaus in den Parteivorstand müsse ganz selbstverständlich sein. Bedauerlich sei, daß der Parteivorstandsbericht über eine besondere politische Organisation berichte. Die deutsche Sozialdemokratie müsse in der Zukunft so freudigen Soldat ausgebrochen.

eine einheitliche Partei bilden, und der Parteivorstand deshalb auf Befestigung des Zwitterdings von Sonderorganisation Bedacht nehmen.

Dittmann-Solingen verteidigt nochmals den Antrag auf Verlegung des Geschäftsjahreschlusses. Der Durchschnitt der Parteiorganisationen sei jedenfalls nicht in der Lage, den Jahresbericht so rasch fertig zu stellen. Vor allem aber solle den Parteiverfammlungen schon der Parteivorstandsbericht vorliegen, der die Mitglieder erziehe und zur Nachbesserung der raschen Fortschritte in den besten Bezirken ansporne.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Süßkind-Mannheim, daß er in 10 Minuten Redezeit keine Anklage nicht habe begründen können und daß Geß auf dem badischen Parteitag eine solche Begründung auch nicht verlangt habe.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf nachmittags 8 Uhr vertagt.

Zur badischen Angelegenheit liegt folgende Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vor:

Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Ulm, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reich als in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen noch notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagbeschlüsse und eine schwere Verletzung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerhöchste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

Aus dem Gerichtssaal.

Hundert Jahre Zuchthaus. In Hannover wurde der verurteilte Hotelschmiedler und -Dieb Stanislaus Weyreuther aus der Provinz Hosen wegen mehrerer, in der Stadt Hannover verübter Logischminderlein um, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das bisherige Strafregister des Gefesselt aus der Strafanstalt Celle vorgeführten Verbrechens, der sich sehr häufig der Verübung, der über ihn verhängten Strafen durch die Flucht zu entziehen genützt hat, erreichte damit, wie während der Verhandlung festgestellt wurde, insgesamt 100 Jahre Zuchthaus bezim. Gefängnis.

Eine barbarische Strafe. Am 31. August war der Dragoner Haaf, ein bei Moosbach im Badischen gebürtiger ehemaliger Dienstreute, vom Kriegsgericht in Darmstadt zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war zum Pferdeputzen links statt rechts angetreten, veränderte auch auf Befehl seine Stellung nicht und hatte nach der Behauptung der Anklage nach einem Unteroffizier die Pferdeputzbürste geworfen, ohne diesen Stellvertreter Gottes zu treffen. Haaf hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt mit dem Erfolg, daß das Oberkriegsgericht die Strafe auf 1 Jahr 3 Monate herabsetzte. Die Herabsetzung geschah, weil das Oberkriegsgericht nicht für bewiesen ansieht, daß der Dragoner die Bürste absichtlich geworfen hat, sie könne ihm auch beim Ausgehen aus der Hand gesprungen sein. Also die ungeheuerliche Strafe, die fünfviertel Jahre aus einem jungen Leben ausstreicht, wird für einfache Achtungsverletzung und Ungehorsam verhängt.

Aus Nah und Fern.

Vom mißglückten Feldzug gegen die Arbeiterturnvereine. Die Stadtverordnetenversammlung in Berlin hatte sich am 15. September mit dem Antrage der Sozialdemokraten zu beschäftigen, die städtischen Turnhallen dem Arbeiterturnverein „Fichte“ wieder zur Verfügung zu stellen, nachdem das Reichsgericht den Erlaß des Kultusministers, der die Erteilung von Turnunterricht an nicht mehr schulpflichtige Personen von der Beibringung eines behördlichen Erlaubnisbescheides abhängig gemacht hatte, für ungesetzlich erklärt hat. Aus der Erklärung des Magistratsvertreters ging hervor, daß sich der Magistrat bereits am 26. August schlüssig geworden ist, die Konsequenz des reichsgerichtlichen Erkenntnisses zu ziehen. Die Angelegenheit wurde denn auch für erledigt erklärt, nachdem Stadthagen (S.D.) seiner Genugtuung über das Fiasko dieses neuen Feldzuges gegen die Sozialdemokratie lebhaften Ausdruck gegeben und die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen hatte, daß die Staatsanwaltschaft die Urheber dieser Widerrechtlichkeit zur Verantwortung ziehen werde.

Unglück bei einer Ballon-Landung. Der Ballon „Braunschweig“ des Braunschweiger Vereins für Luftschiffahrt, der Sonntag nachmittag in Braunschweig aufstieg, landete um 2 Uhr nachmittags bei Wolmirfeldt, Bezirk Magdeburg. Zwei Mitfahrer, Dr. Dreweß-Helmstedt und Bergwerksdirektor Krich-Helmstedt, sind dabei so schwer verunglückt, daß ihre Überführung in das Helmstedter Krankenhaus notwendig war.

Beim Streit getötet. In Essen (Ruhr) wurde ein russischer Arbeiter im Streit erstochen. Der Täter floh.

Mord und Selbstmord. Im Walde bei Heiligkreuz fand man die Leiche der 18 Jahre alten Marie Schardt und des Gastwirts Jean Ruf, beide aus Freudenheim, die seit Anfang dieses Monats vermißt werden. Es liegt Mord und Selbstmord vor.

Freigelassen sind die deutschen Offiziere, die in Moskau verhaftet worden sind. Der Leutnant Wenzel ist aufgefordert worden, Rußland sofort zu verlassen.

Streit in der Stadt. Ein Sturm im Glase Wasser ist in der sonst so friedlichen Stadt Soldat ausgebrochen.

Die unbesoldeten Magistratsmitglieder Soldats haben ihre Ämter niedergelegt und streiken, weil der Stadtverordneten-Vorsteher ein Bauprojekt als eine „Sextanerarbeit“ und „armeliges Geistesprodukt“ bezeichnet hatte. — Das ist bitter!

Hundertfacher Brandstifter. In Lutzenberg (Böhmen) ist der dreifundzwanzigjährige Bauernbursche Scheer verhaftet worden, der seit vier Jahren über hundert Brände angelegt und viele Bauern an den Bettelstab gebracht hat.

Automobil-Unfall. Infolge Veragens der Bremse über-schlug sich Sonntag nachmittag auf der steilen Chaussee von Hameln nach Pyrmont ein Automobil. Die Insassen, Baronin v. Münchhausen-Hannover mit ihren beiden Kindern und eine befreundete Dame, wurden herausgeschleudert. Der Deister- und Weyerzeitung zufolge erlitt die zwölfjährige Tochter der Baronin einen doppelten Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung, ebenso wurden die Begleiterin Frl. Hahn-Pannover sowie der elfjährige Sohn sehr schwer verletzt. Baronin Münchhausen und der Chauffeur kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Verletzten wurden in das Pyrmont-Krankenhaus eingeliefert.

Mord an einem Dienstmädchen. Aus Schnaitheim (Württemberg) wird berichtet: Die 18 Jahre alte Anna Held von Friben war im Dienst bei der vermögenden Witwe Fezer in Aufhausen. Am 7. August verschwand das Mädchen spurlos. Alles Suchen war vergeblich. Man glaubte, das Mädchen habe sich ein Leid angetan. Auf Veranlassung der Eltern wurde im Waldteufel Hirschfelde von einer Anzahl Forstwächter und Landjäger eine Streife veranstaltet. Nach kurzer Zeit wurde das Mädchen in halbverwestem Zustand in einem niederen Gebüsch in der Nähe eines Waldweges, zehn Minuten von hier entfernt, aufgefunden. Sofort wurde festgestellt, daß Selbstmord ausgeschlossen ist. Der 16 Jahre alte Sohn der Dienstherrin des Mädchens wurde als des Mordes verdächtig festgenommen. Er gestand denn auch, das Mädchen, das in geeigneten Umständen von ihm gewesen sein soll, im Wald durch einen Stroh in den Hals getötet zu haben. Die ganze Gemeinde, namentlich die Teilgemeinde Aufhausen, ist in ungeheurer Aufregung. Der junge Mensch hat erst in letzter Zeit die Einjährigprüfung gemacht.

Streit auf der Oktoberfestwiese. Das Nationalfest der Münchner, der Jahrmartstrummel auf der Oktoberfestwiese, hat am Sonntagabend mit einem schrillen Mißklang seinen Anfang genommen. Die Schausteller auf der Festwiese, etwa 70 an der Zahl, haben nach einer ergebnislos verlaufenen Konferenz mit den städtischen Referenten über die Befreiung von der Lustbarkeitssteuer beschlossen, ihre sämtlichen Buden geschlossen zu halten. Sie haben diesen Beschluß durch Anschlag an den Buden dem Publikum bekannt gemacht. Sowohl unter den Schaustellern, als auch unter den Besuchern der Festwiese, die nunmehr vollständig verödet daliegt, herrscht große Erregung und lebhafter Erbitterung gegen den Magistrat. Ein Teil der Schausteller hat sogar die Absicht, die Festwiese im Laufe des Nachmittags wieder zu verlassen.

Nach alter Gewohnheit. Wieder ist es der Neuvorker Zollbehörde gelungen, einen Millionär als Schmuggler festzunehmen. Als der Zuckerkönig Morgensthan an Bord der „Mauretania“ ankam und nach zollpflichtigen Schmucksachen gefragt wurde, erklärte er, außer dem in seinen Koffern befindlichen Gepäck nichts mit sich zu führen. Von Schmuckgegenständen wollte er nichts wissen. Die Zollbeamten wußten jedoch, daß der Millionär in Europa größere Juweleneinkäufe vorgenommen hatte. Infolgedessen luden sie ihn und seine Gemahlin höflichst in Nebengemache, wo beide einer Visitation unterworfen wurden. Und siehe da, Morgenthau hatte eine äußerst kostbare Weste an. Im Futter verborgen fanden sich zwei mit Diamanten besetzte Uhren, sowie ein prachtvolles Perlenkollier. Und die Frau des Millionärs trug eine nicht minder kostbare Bluse. Denn in ihr verborgen wurden gleichfalls Perlen — zwei Diamantenkolliers — vorgefunden. Mister Morgenthau wird man für den Schmuggel strafrechtlich nicht zur Verantwortung ziehen können. Ist ihm doch das Betragen beim Erwerb seiner Millionen so zur zweiten Natur geworden, daß er beim Schmuggel unter einem unwiderstehlichen Zwange gehandelt hat.

Ein Geistlicher als Vandal. In Frielingsdorf (Kreis Wipperfürth) waren dem Pastor, wie er meinte, von einigen jungen Apfelbäumen eine Anzahl Früchte entwendet worden. In Bergfischen, wo sicher die Hälfte der Bewohner Obstbäume oder doch Obstbäume besitzt, nennt der Volksmund derartige unbefugte Aneignung einiger Früchte einfach „Strichen“. Das halbhumoristische Wort drückt hierzulande entschieden mehr den Begriff des Munderaus als des Diebstahls aus. Aber trotz der Harmlosigkeit der Obstentwendung in diesem Falle geriet der geistliche Herr in eine derartige Wut, daß er sich zum nacktesten Vandalismus hinreißen ließ. Er holte sich eine Art und hieb sämtliche jungen Obstbäume nieder, die neben seiner Wohnung standen. Der Vandalismus ist immer zu verurteilen, umso mehr, wenn er im Herzen eines Seelenhirten, eines Nachfolgers Christi wohnt, der doch seiner Gemeinde ein leuchtendes Beispiel von Demut und Geduld bieten soll. Trotz des außerordentlich großen Einflusses der Geistlichen auf ihre Herde, ist in diesem Falle in der Pfarrgemeinde Frielingsdorf eine große und gerechte Empörung zum Durchbruch gekommen. Dabei denken die Leute erklärlicherweise nur an den Vandalismus ihres Pastors, und nicht daran, daß er gar keine Berechtigung hatte, eine Sache, von der er als jeweiliger Pastor nur die Nutznießung hat, die aber Eigentum der Kirche war, zu vernichten. Mindestens müßte dem jähzornigen Seelenhirten mit einer Schadenersatzklage auf den Leib gerückt werden.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angetommene Schiffe.

Montag, den 19. September.
Stralsund, Kapt. Kaddag, von Stettin in 30 S.
Westküsten, Kapt. Larsen, von Kopenhagen in 13 S.
Hilda, Kapt. Klenow, von Ströby in 5 S.
Alfred, Kapt. Bente, von Königsborg in 2 S.
Alexandra, Kapt. Ahrens, von Riga in 2 S.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Montag, den 19. September.
Als, Kapt. Harsen, nach Kopenhagen.
Marie, Kapt. Looß, nach Stralsund.
Helene, Kapt. Scheel, nach Orsh.
Gottfried, Kapt. Johannesson, nach Helsingborg.
Sylvia, Kapt. Christensson, nach Alborg.

Schiffsbewegungen.
D. Borthan ist Sonntag nachmittag in Hangö angekommen.
D. Deutschland ist gestern nachmittag in Riga angekommen.
D. Mannheim ist Sonntag nachmittag in Kronstadt angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarz-Druck: Friedrich Wenzel & Co.
Sämtlich in Ulm.